

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährl. 3,30 M., monatl. 1,10 M.,
 höchstens 20 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bezüge
 betragen für die sechs-spaltige Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereine
 und Berammlungs-Anzeigen 30 Pfg.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Kreisprediger: Amt I, Nr. 1508.
 Telegr.-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonnabend, den 8. Dezember 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Reichsbankrott.

In der Budgetkommission wurde am Freitag zunächst die Indemnitätspost „zu allgemeiner Befriedigung“ ausgespielt. Graf Bülow war grausam genug, das Centrum des letzten Glanzes oppositioneller Rechtsmährung zu entscheiden, indem er die Erklärung abgab, daß die Indemnität für die ungesetzliche Formierung der Chinaformationen, der man ihn unterwerfen wollte, in seinem eignen Ersehen um Indemnität mit enthalten gewesen sei, das sich nicht nur auf die Verausgabung nicht bewilligter Summen bezogen habe. Die doppelte Indemnitätsverteilung wurde darauf mit den Stimmen sämtlicher Parteien, auch der freisinnigen Volkspartei, ausgenommen die Socialdemokratie, zum Beschluß erhoben. Alle Sünden wider Gesetz und Verfassung sind vergeben und vergessen.

Die sodann nochmals behandelte Frage der Auflösung der Chinesischen Heeresformationen wurde noch nicht endgültig erledigt. Man gab vor, eine Formel zu suchen, welche einer Fortdauer der Chinaformationen oder eines Teils derselben auf unbestimmte Zeit hinaus und ohne ausdrückliche Mitwirkung des Parlaments vorbeugen kann. Abg. Richter forderte Auflösung der Formationen „nach Beendigung der chinesischen Wirren“. Ein freikonservativer Antrag aber, dem sich das Centrum anschließt und dessen Annahme gesichert erscheint, verlangt die Auflösung unter der höchst bezeichnenden Einschränkung auf diejenigen Truppenkörper, „für welche eine gesetzliche Basis nicht besteht oder nicht geschaffen wird“. Diese Fassung entspricht völlig den Wünschen des Reichskanzlers, der erklärte:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die nach China entsandten Truppenkörper, für welche eine gesetzliche Basis nicht besteht oder nicht geschaffen wird, aufzulösen sind, sobald sie ihre Mission in China erfüllt haben werden.“

Herr Dr. Lieber vertehrte sich in dem ihm üblichen Pathos, das jeden Centrumsumfall einzuleiten pflegt, gegen die Auffassung, als ob seine Partei durch die Zustimmung zu dieser Fassung des Gesetzes die Verpflichtung einer künftigen Bewilligung von überseeischen Heeresformationen übernehmen wolle. Es ist jedoch außer Zweifel, daß durch die sanfte Klausel: „oder nicht geschaffen wird“ schon jetzt der Entwicklung einer Kolonialarmee vorgearbeitet wird. Und zu allem Ueberflus verdecklich Herr Dr. Lieber selbst den Sinn der Klausel durch die Erklärung: „Möglichkeit werden wir uns auch davon überzeugen, daß einzelne dieser Formationen auf eine dauernde gesetzliche Grundlage gestellt werden müssen!“

Kunze trat die Kommission in die Kostendeckungsfrage ein. Hier erfolgten Erklärungen von Seite des Vertreters des Reichs-Schatzamt, die das größte Aufsehen erregen mußten. Es scheint, als habe den Oberverwalter des Reichsschatzes selbst ein ungeheurer Schreck gepackt ob der verzweifeltsten Lage, in die das China-Abenteuer die Reichsfinanzen stürzt. Herr v. Tschimmann gab eine Schilderung der Situation der Reichs-Schatzkasse, welche geradezu eine Bankrottsankündigung bedeutete. Schon abgesehen von den Chinakosten so legte der Reichs-Schatzsekretär dar, habe sich die Finanzlage des Reichs höchst ungünstig gestaltet infolge der wachsenden Aufwendungen für das Versicherungswesen, der steigenden Ueberweisungen an die Bundesstaaten, der Minderungen der Postentnahmen, der bedeutend zunehmenden Vorschüsse an die Marine. Daher mußte man bereits Anleihen vorzeitig, als früher üblich war, aufnehmen, um nur die Bücher in der Kasse zu stopfen. So wurde die 80 Millionen-Anleihe in Amerika nötig. Es sei daher der Vorschlag des Centrum s unangängig, die 153 Millionen für China auf Anleihen zu nehmen, die schon 1905 wieder getilgt werden sollen. 1904 und 1905 sei ohnehin die amerikanische Anleihe zurückzahlen; wollte man auch die China-Anleihe so schnell tilgen, so müßte man in jenen Jahren an 60 Millionen per Halbjahr auszahlen.

Und an diese Prophezeiungen reihte der Reichs-Schatzsekretär die Ankündigung eines sehr baldigen zweiten China-Nachtrags-etats von rund 100 Millionen, die wiederum nur durch neue Anleihen aufzubringen seien. Wollte man alle diese Anleihen nach einigen Jahren wieder abstoßen, so würden 120—150 Millionen Mark durch neue Steuern ausgebracht werden müssen.

Diese ungeheuerlichen Ankündigungen, in des Reichs-Schatzsekretärs läßt gemessener Art vorgebracht, wirkte wahrhaft niederschmetternd auch auf die letzten der China-begeisterten. Das letzte Hofjohannis hoffnungsfruchtiger China-Stimmung zerfiel.

Das Deutsche Reich wird durch die modische Weltpolitik in den finanziellen Ruin und in die Schuldenwirtschaft des Geldkapitals getrieben. Schon ist tiefe Ebbe in den Kassen des Reichs. Nur durch außerordentliche Mittel weiß das Schatzamt die nötigen Betriebsmittel herbeizuschaffen. Inmitten dieser finanziellen Bedrängnis soll der 153 Millionen-Pump aufgenommen werden. Und im Augenblick, da die Volksvertretung diesen Pump bewilligen soll, wird für die nächsten Monate wiederum eine neue Chinarate von 100 Millionen angelegt. Die Letzte Platte? Niemand kann es glauben. Zug um Zug bis zur völligen Erschöpfung wird der China-Pfad das deutsche Volk anbluten.

Das deutsche Volk! Denn wer sonst als der arme Steuerzahler wird die neue Bürde tragen müssen? Selbst der Vorschlag Richters, nur einen geringen Teil der jetzt geforderten China-Kosten den Bundesstaaten aufzuerlegen, findet nicht die Gegenliebe der Regierung; und das Centrum, das vor kaum Jahresfrist bei der Beratung des großen Marine-Programms sich seines Kampfs gegen die übermäßige Aufnahme von Anleihen rühmte, bekehrt sich jetzt im Zwang des Akhalurjes zu der von ihm heftigst befeindeten Pumpwirtschaft.

Die socialdemokratischen Vertreter in der Budgetkommission, die in der Kostenfrage heute noch nicht zum Wort gelangten, werden angesichts des finanziellen Zusammenbruchs im Reich und angesichts der neuen unterträglichen Steuerbelastung, die der arbeitenden Bevölkerung droht, mit erneuter Eindringlichkeit die Forderung erheben, daß diejenigen die China-Kosten bezahlen sollen, welche die Nation in die sinnlose Kospiteligkeit der modischen Weltpolitik verstrickt haben.

Aus der Kommission erhalten wir folgenden Bericht:

Die Budget-Kommission begann in der Freitag-Sitzung mit der Wiederaufnahme der Beratung über die Indemnität für die Reformation der chinesischen Truppen.

Reichskanzler Graf Bülow gab folgende Erklärung ab: „Wie ich im Reichstag erklärt habe, suche ich um Indemnität nach, und zwar sowohl für die Aufstellung der nach Ostasien entsandten, in der Reichsverfassung und den Militärgeetzen nicht vorgesehenen Truppenkörper, wie auch für alle durch die Expedition entstandenen, im Reichshaushalts-Etat nicht vorgesehenen Ausgaben. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß die nach China entsandten Truppenkörper, für welche eine gesetzliche Basis nicht besteht oder nicht geschaffen wird, aufzulösen sind, sobald sie ihre Mission in China erfüllt haben werden.“

Abg. Dr. Lieber (C.): Die Erklärung des Herrn Reichskanzlers wirkt überaus beruhigend. Der Reichskanzler sucht um Indemnität nicht nur für die ausgegebenen Geldsummen, sondern auch für die verfassungswidrige Aufstellung von Truppenteilen. Damit erscheint der Antrag Richters eigentlich erledigt. Wir sind dem Reichskanzler sehr dankbar für seine Erklärungen.

Abg. Müller-Julda (C.) bringt folgenden Antrag ein: Die Kommission wolle beschließen: Für die Aufstellung der nach Ostasien entsandten, in der Reichsverfassung und den Militärgeetzen nicht vorgesehenen Truppenkörper, sowie für alle Ausgaben, welche auf den im § 1 bezeichneten Betrag zu den Verwendungszwecken des zugehörigen Nachtrags-etats bereits geteilt sind, wird dem Reichskanzler Indemnität erteilt.

Reichskanzler Graf Bülow erklärt sich mit diesem Antrag einverstanden.

Abg. Richter (fr. Sp.) beantragt zu seinem gestern mitgeteilten Antrag 2o, betreffend Auflösung der chinesischen Truppenteile nach Beendigung der chinesischen Wirren, die Einschubung eines Abs. 2: „Wenn dauernde Befestigungen in China nötig werden, so ist dies durch besonderes Gesetz festzustellen.“ Der Antragsteller erklärt, es müsse ausdrücklich festgelegt werden, daß es der übereinstimmende Wille der Regierung und des Reichstags sei, die Chinaformationen aufzulösen und im Falle der Fortdauer der Besetzung von Peking oder anderer Städte in China dies durch besonderes Gesetz zu beschließen.

Abg. Dr. Lieber (C.): Es erscheint doch verfrüht, für die Auflösung der Chinatruppen jetzt schon gesetzliche Vorkehrungen zu treffen. Die Erklärung des Reichskanzlers deutet ja an, daß die Möglichkeit bestehe, daß in Anknüpfung an die nach China entsandten Truppenkörper etwas Neues geschaffen werden könnte. Vielleicht werden wir uns auch überzeugen, daß einzelne dieser Formationen auf gesetzliche Grundlage gestellt werden müssen, und einer solchen Möglichkeit kann man doch jetzt nicht vorgreifen.

Abg. Dr. Baasche (natl.) schließt sich den Ausführungen Richters an, daß Vorkehrungen getroffen werden müssen, damit nicht irgend welche dauernde Konsequenzen aus den jetzigen Chinaformationen gezogen werden.

Abg. Graf zu Stolberg (L.) beantragt folgende Fassung des Richterschen § 2o:

Die nach China entsandten Truppenkörper, für welche eine gesetzliche Basis nicht besteht oder nicht geschaffen wird, sind, sobald sie ihre Mission in China erfüllt haben, aufzulösen.

Unterstaatssekretär im Reichsamt des Auswärtigen v. Richthofen: Es sei nicht wahrscheinlich, daß uns Verpflichtungen zu weiterer Besetzung in China erwachsen, wohl aber wollen wir uns das Recht ausbedingen, Befestigungen in Peking und Tientsin zu halten. Soweit hierzu Reformationen nötig sind, erkennen wir die Notwendigkeit einer gesetzlichen Neuregelung an.

Abg. Bebel (SoC): Es sei dringend notwendig, mit voller Klarheit festzustellen, was aus den Reformationen in China künftig werden soll, sonst könne die Regierung daraus alles Mögliche machen. Der Begriff der Beendigung der Wirren in China sei ein ganz unbestimmter. Regne die Regierung ferner Klauselchen zu China? Streng genommen gehört es dazu. Die Regierung könne also sehr wohl eine Garnison in Kianschou zu halten beabsichtigen, und auf diese Weise würde der Reichstag in die Zwangslage gebracht, die Anfänge einer Kolonial-armee zu bewilligen, wozu, wie es scheint, das Centrum schon heute seine Bereitwilligkeit ankündigt.

Abg. Dr. Lieber (C.): Ich wende mich entschieden gegen die Meinung, als wollten wir schon heute sagen, wir seien nicht abgeneigt, später ein derartiges Gesetz zu bewilligen. Ich beabsichtige lediglich, durch die Zustimmung zu dem Antrag Stolberg das erzielte Einverständnis zwischen Regierung und uns gesetzlich festzulegen. Jene welche Verpflichtungen für spätere Bewilligung einzelner solcher Truppenteile lehnen wir entschieden ab. Es darf uns dieser Fassung des Antrags kein Stein gebröckel werden.

Die Kommission verläßt vorläufig dieses Kapitel, bis die verschiedenen Anträge gedruckt vorliegen, und geht über zur Frage der Ausbringung der Kosten. Dazu liegen vor Anträge Müller (C.):

Die Kommission wolle beschließen. § 2 wie folgt zu ändern: der Reichskanzler wird ermächtigt, zur Vorkostung der in § 1 bezeichneten Ausgaben die Summe von 152 770 000 M. durch Begebung von Schatzanweisungen, deren Umlaufzeit den 31. März 1905 nicht überschreiten darf, flüssig zu machen.

§ 3 wie folgt zu ändern: Soweit eine Rückstattung der in § 1 bezeichneten Ausgaben stattfindet oder solche nicht zur Verwendung gelangen, sind die rückerstatteten oder nicht verwendeten Mittel in erster Linie zur Tilgung der auf Grund des § 2 begebenen Schatzanweisungen zu verwenden.

Abg. Müller-Julda (C.) begründet seine Anträge. Nach der Regierungsvorlage wird die Anleihe für unbestimmte Zeit aufgenommen. Wir wollen aber nicht dauernde Anleihen für die China-Angelegenheit. Wenn aus dieser dauernde Kosten entstehen, so muß auf andere Weise fürsorge getroffen werden. Für die jetzigen einmaligen Ausgaben wünschen wir Einschränkung der Anleihe auf vier Jahre und Begebung derselben durch Schatzanweisungen. Nach vier Jahren soll eine Neuregelung erfolgen. § 3 trifft fürsorge für den Fall, daß China Entschädigungsgelder zahlen wird, das würde ich aber kaum glauben.

Staatssekretär des Reichs-Schatzamt v. Tschimmann: Ich bitte der Regierung die Elbogensfreiheit in der Behandlung der Anleihen nicht zu verkümmern. Auch ich bezweifle, daß wir von China Entschädigungen in größerem Umfang bekommen werden. Wie sollen wir nun die jetzigen Ausgaben decken? Es giebt nur den Weg neuer Anleihen oder Erhöhung von Steuern. In den Jahren 1904 und 1905 müssen wir ohnehin die 80 Millionenmark-Anleihe zurückzahlen. Jetzt kommt nach dem Antrag Müller die Zurückzahlung auch dieser Anleihe hinzu. Das würde sich auf 60 Millionen pro Halbjahr belaufen, aber auch für das Etatsjahr 1901 wird es notwendig sein, für die Fortsetzung des China-Unternehmens weitere neue Anleihen aufzunehmen. Damit würde die Summe unserer Verpflichtungen auf über 60 Millionen wachsen. Derartige Mehrausgaben sind unmöglich. Es wird dem Reichstag noch im Laufe dieses Winters ein Ergänzungsetat zugehen, der sich auf 100 Millionen belaufen kann. Es müßten dann also 1904 oder 1905 ungefähr 120 bis 150 Millionen Mark durch neue Steuern aufgebracht werden oder wir müßten in diesen Jahren wiederum gewaltige Anleihen zur Deckung dieser Verpflichtungen aufnehmen. Ob dies empfehlenswert ist, ist zur Zeit nicht abzusehen. Es ist jedenfalls nicht zu empfehlen, da man nicht weiß, wie dann der Geldmarkt liegen wird.

Die Debatte über diese Ankündigung des Reichs-Schatzsekretärs wird unterbrochen durch eine geschäftsordnungsmäßige Debatte, die sich entspannt infolge der Erklärung des Abg. Müller-Julda (C.), daß er das Referat für das Plecium nicht übernehmen wolle. Ein Beamter des Reichs-Marine-Amts habe im privaten Streifen erklärt, er sei froh, daß die Reichstagsverwaltung nun mal ein Ende nehme. Er habe die ganze Arbeit machen müssen. Der Bericht des Abgeordneten Müller (Julda) sei eigentlich von ihm hergestellt, abgesehen von zwei Stellen, die dann auf Antrag des Abgeordneten Richter wieder gestrichen worden seien. Das sei alles unwahr, so lange aber der betreffende Beamte des Marine-Amts dieser Kommission angehöre, übernehme er kein Referat.

Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts v. Tirpitz: Der Vorgang ist mir unbekannt. Wenn derartige unwichtige Behauptungen ausgesprochen worden sind, so ist das zu bedauern. Im Laufe dieser geschäftsordnungsmäßigen Debatte kommt es auch zu einer Auseinandersetzung zwischen Abg. Dr. Lieber (C.) und Abg. Bebel (SoC), welche letzterer eine Art moralischer Verpflichtung des Centrum, als der ausschlaggebenden Partei, zur Uebernahme der Referate in Militär- und Marinefragen aufstellte. Abg. Lieber habe ja erklärt, daß das Centrum gegenüber dem jetzigen Regierungskurs den Luxus einer selbständigen Politik nicht nötig habe.

Abg. Dr. Lieber bestritt die Wichtigkeit dieser Behauptung. Er habe lediglich gesagt: In einer großen Partei muß der Einzelne oft an den Luxus einer selbständigen Politik verzichten.

Abg. Bebel (SoC) will die Haltung des Centrum zu Militär-, Marine- und China-Fragen im Plenum weiter verfolgen.

An Stelle des Abgeordneten Müller-Julda übernimmt Abg. Dr. Baasche (natl.) das Referat.

In der weiteren Debatte zur Finanzierungsfrage begründet Abg. Richter seine Anträge, die in der Hauptsache eine Veranziehung der Einzelstaaten zu den Kosten der China-Expedition betreffen: Zur Vorkostung der Ausgaben dienen die Beträge, welche im Rechnungsjahr 1900 die den Bundesstaaten zustehende Ueberweisung aus den Erträgen an Zölle, Tabaksteuer, Brauweinverbrauchs-Abgaben und Zuschlägen zu derselben, sowie an Reichs-Stempelabgaben die etatsmäßige Summe übersteigen.

Abg. Richter (fr. Sp.): Es sei unmöglich, den gesamten Kostenbetrag durch Kredite aufzubringen. Solche durch Situationen des Augenblicks veranlaßten Ausgaben dürfe man nicht vollständig durch Anleihen aufbringen. Wir sehen, daß Russland zur Deckung der China-Kosten Extra-Steuern ausgesprochen hat, so auch England und andre Staaten. Wir können das im Reich nicht machen. Gätten wir eine Vermögenssteuer, so würde ich vorschlagen, 50 Millionen daraus durch Extra-Aufschlag aufzubringen. Es bleibt nur übrig, den einzelnen Staaten einen Teil der Last zu übertragen. Es ist auch ein Grundgedanke der Verfassung, daß die Einzelstaaten das Reich erhalten sollen. Jetzt suchen sich, durch die Finanzpolitik des Herrn v. Tirpitz ermutigt, die Einzelstaaten finanziell vom Reich abzuschließen und treiben so das Reich immer mehr in Verschuldung. Wenn wir 50 Millionen auf die Bundesstaaten legen, so würde das den Bundesrat vorsichtiger und strenger stimmen in der Verteilung der sachlichen Frage der Weltpolitik überhaupt. Mein Antrag ist sehr bescheiden, denn er beschränkt sich darauf, daß dem Reich zuzuführen soll, was an Ueberweisungen die etatsmäßigen Ansätze übersteigt. Ferner wünsche ich, daß Ueberfälle im Reichshaushalts-Etat selbst ebenfalls zur Kürzung der Reichsanleihen Verwendung finden.

Staatssekretär des Reichs-Schatzamt Freiherr v. Tschimmann: Die weit ausschauenden Pläne des Abgeordneten Richter lassen sich noch nicht übersehen. Es ist unmöglich, eine ganze Reihe Finanz-reformen so als Anhängsel zu dieser vorübergehenden Angelegenheit zu behandeln. Das müßte gründlich gemacht werden, was im Augenblick doch nicht möglich ist. Der Redner schildert weiter die Lage der Reichsfinanzen. Der ordentliche Finanzlage des Reichs, ganz abgesehen von der China-Expedition, hat die Amerika-Anleihe nötig gemacht. Der Stand der Hauptkasse ist ein überaus ungünstiger. Dazu haben beigetragen einestheils die erhöhten Ausgaben für das Versicherungswesen, dann die höhere Ueberweisung an die Bundesstaaten, ferner der ungünstigere Stand der Post-Einnahmen. So stand die Reichshauptkasse im Oktober dieses Jahres um 51 Millionen Mark schlechter als vor 2 Jahren. Dazu kommt, daß wir jetzt viel höhere Zuschüsse für die Marine leisten müssen als je zuvor, für das nächste Jahr 85 Millionen

mehr. Daher ist es gekommen, daß wir die Amerika-Anleihe schon vor Schluß des Rechnungsjahrs aufnehmen mußten, um nur die Löhner zuzustoppen. Ich kann die Erklärung abgeben, daß ohne eine dauernde Verstärkung der Reichshauptkasse nicht mehr auszukommen sein wird, denn die Ausgaben steigen gewaltig, während die Einnahmen sich eher unglücklicher entwickeln.

Nachdem noch ein anderer Vertreter des Reichsamts gegen die Richterlichen Vorschläge gesprochen hat, wird diese Debatte abgebrochen. Der Antrag Müller (Zulda) betr. die Judenmilitär (siehe oben) wird von allen Parteien außer der Socialdemokratie angenommen.

Die Beratung wird Montag fortgesetzt.

Die Kommission will beim Präsidenten anfragen, die Plenarsitzung am Montag ausfallen zu lassen, um den ganzen Tag für ihre Arbeiten frei zu haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Dezember.

Der Reichstag

hat heute die Besprechung über die Kohlennot glücklich zu Ende geführt. Bei der ganzen Interpellation ist nichts herausgekommen, als die Fufage der Regierung, eine eingehende Statistik über die Bewegungen des Kohlenmarkts im In- und Ausland monatlich zu veröffentlichen. Verschiedene Gemüther, wie der freisinnige Abgeordnete Benzmann, waren von diesem Ergebnis sehr enttäuscht. Zu den sehr Bescheidenen zählt auch der Centrums-Abgeordnete Dr. Stephan, der Generaldirektor des riesigen Grubenbesitzes der schlesischen Grafen Hensel von Donnerstern. Er suchte nachzuweisen, daß weder der Großhandel noch die Gruben an der Kohlennot schuld seien, nur der Zwischenhandel habe etwas übertriebene Preise gefordert. Bei dieser Sachlage sollte man von allen einschneidenden gesetzgeberischen Maßnahmen absehen. Die Kohlenpreise würden schon von selbst zurückgehen. Das also war des Pudels Kern. Dann entsteht nur die Frage, weshalb das Centrum, zu dessen einflussreichsten Mitgliedern Herr Dr. Stephan gehört, die Interpellation überhaupt eingebracht hat.

Aus der langen Debatte, die durch eine Kleinbürgerlich-socialistische Rede des Antisemiten Dr. Bödel eröffnet wurde, sind nur einige Einzelheiten erwähnenswert. Dazu gehört zunächst das Auftreten des Herrn v. Seyl. Es war bekanntlich davon die Rede, daß er aus Kerger über Zurücksetzung aus der nationalliberalen Fraktion ausgeschieden sei. Die Thatsache stimmt auch. Er ist aber nur vierundzwanzig Stunden lang in der Bütte geblieben. Dann ist er wieder zurückgekehrt, bezaubert von der Liebenswürdigkeit, mit der ein Teil der Fraktion seinen Antrag auf staatliche Kontrolle über die monopolistischen Syndikate unterzeichnet hat, und heute hat er als national-liberaler Redner gesprochen.

Er suchte seinen Ruhm bekanntlich darin, nicht nur ein stämmiger Schutzpöller und Agrarier, sondern auch ein energischer Socialpolitiker zu sein. Heute trat er für den achtstündigen Normalarbeitstag für die Bergarbeiter ein. Warum soll ihm seine Fraktion das nicht erlauben? Ist doch sogar Herr Franke, ein direkter Vertreter der Interessen der Grubenbesitzer, bereit, den Achtstundentag für die Bergarbeiter zu bewilligen. Die Kohlen-Großindustrie muß diese Beschränkung also wohl ertragen können.

Der zweite Zwischenfall, der Erwähnung verdient, wurde durch den konservativen Agrarier Köfide, Kaiserläutner, herbeigeführt. Er bekam nämlich das Kunststück fertig, Ohm Krüger mit der Kohlennot in Verbindung zu bringen. Der Uebergang von dem Thema der Kohlennot zu dem doch sehr entfernt liegenden Thema der hohen Politik war geradezu elegant. Herr Köfide schalt auf die Handelsverträge, die ein Kohlen-Ausfuhrverbot unmöglich machen, und beklagte, daß in wirtschaftlichen Dingen bei uns zu viel Rücksicht auf das Ausland genommen würde. Leider geschehe das auch in politischen Dingen. So hätte man in gefälliger Rücksicht auf England den Präsidenten Krüger vor der deutschen Thür umkehren lassen. Graf von Bülow sollte doch um Himmels willen den Kaiser orientieren, wie wenig eine solche Maßnahme von der allgemeinen Volksstimmung verstanden würde. Graf Bülow war natürlich nicht zur Stelle. Dafür trat Graf Posadowsky auf, um einen Ausflug ins Höhere zu unternehmen. Er sprach in edlen Gefien von den „glühend heißen Fragen der äußeren Politik“, von der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers für den Frieden der ganzen Welt, und von der Notwendigkeit, auf populäre Stimmungen nicht sentimentale Rücksichten zu nehmen. Es war sehr schön, und das Centrum klatschte lebhaft Beifall. Besser hätte es Bülow selber nicht machen können.

Die dritte erwähnenswerte Thatsache aus den Verhandlungen ist die bündige Erklärung des Handelsministers Drefeld, daß er unter allen Umständen einen Streit als höhere Gewalt betrachte und daß nicht nur die Fischen, sondern alle Fabrikanten das Recht hätten, ihren Kontrakt nicht zu halten, wenn es zu einem Streit in ihrem Betriebe käme. Herr Drefeld stellte sich also als unbedingt Anhänger der Streik-Klausel vor. Er sollte zum Ehrenmitglied des Bundes deutscher Daugeverks-Innungen ernannt werden.

Nachdem ein Schlußantrag der Diskussion über die Kohlensteuerung ein Ende gemacht hatte, kam es zu einem kleinen Streit zwischen dem Präsidenten und der Budgetkommission über die Frage, ob die nächste Sitzung am Montag, wie der Präsident wollte, oder am Dienstag, wie die überlastete Budgetkommission wünschte, stattfinden solle. Die Mehrheit entschied sich schließlich für den Präsidenten in der Hoffnung, dann in der nächsten Woche einen Tag früher in die Weihnachtsserien zu gelangen. Am Montag wird also die erste Lesung des Etats beginnen.

Wieder ein neues Infanteriegewehr.

Man schreibt uns: Einem Norweger ist es gelungen, ein neues Gewehr zu erfinden, das sowohl hinsichtlich seiner genialen Konstruktion, als auch der Durchschlagkraft seiner Geschosse alle anderen Systeme übertrumpft. Mit dem neuen Modusinstrument wurden in Deutschen Lehninfanteriebatalion eingehende Versuche angestellt, die ein dermaßen „glänzendes Resultat“ ergaben, daß — wie dem Schreiber dieses von durchaus vertrauenswürdiger Seite versichert wird — der Kaiser befohlen habe, eine der Divisionen des hannoverschen (X.) Armeecorps probeweise damit auszurüsten.

Die Erfindung ging vor kurzem in den Besitz eines Konsortiums internationaler Kapitalisten über, unter denen sich u. a. auch die Rothschilds befinden. Einer der Hauptteilnehmer ist ferner der Geheimrat Ehrhardt in Düsseldorf, in dessen Fabriken die Waffen hergestellt werden sollen.

Englische Scharmacher.

Die englische Presse macht die krampfhaftesten Anstrengungen, um Deutschland, dessen Herrschaft in China, von den lebhaften Beschäftigungen abgesehen, in letzter Zeit sehr kleinlaut geworden ist, wieder zu Unbesonnenheiten zu verleiten. Sie bezeichnet die jetzige Situation in China als einen völligen Misserfolg und behauptet, daß Deutschlands jetzt besondere Geneigtheit, seine anfänglichen hochfliegenden Pläne- und Verschönerungspläne zu Gunsten eines baldigen Friedensschlusses aufzugeben, in China den Eindruck der Schwäche, ja einer förmlichen Niederlage hervorgerufen müßte. So schreibt z. B. der „Spectator“:

„Als erstes ist die Unmöglichkeit des Bestens, das Kon- zert, in die Brüche gegangen... Das bedeutet natürlich, daß China das Spiel gewinnt. Nicht das Gerin- gste ist geschehen, was die Chinesen davon überzeugen könnte, daß ihre mächtige Herrscherin geschlagen ist, oder daß die Mächte im Stande sind, ein zukünftiges Rastake zu verhindern. Es ist den Chinesen vollständig gleichgültig, daß die Alliierten Veling eine Zeit besetzt gehalten haben, sofern sie es nur erst wieder geräumt haben. Den Verlust einiger Tausend ihrer Landsleute fühlen sie ebenso wenig, wie ein Schwarm Heringe einen Reizzug spürt. Was sie allein glauben werden, ist, daß die Fremden zum Schluß doch die Unmöglichkeit ersehen, den Hissquellen Chinas gegenüber andauernd Stand zu halten und im Lande zu verbleiben... Wir möchten glauben, daß Europa schließlich müde wird, große Ausgaben zu machen, ohne ein Resultat zu sehen, verwirrt über den passiven Wider- stand und im Herzen besämi über Schläpferzeiten, so daß es schließlich den status quo ante ohne Pluren annimmt. Nur ein- läßt uns Zweifel: Wird Wilhelm II. ein solches Scheitern seiner Hoffnungen ruhig ertragen? Dieser Monarch hat seit Jahren die Absicht gehabt, in China sich ein Indien zu erwerben, er sagte, daß er den Chinesen ein Atilla sein wolle... Keine Großmacht wird ihn mit Krieg überziehen, wenn er eine chinesische Provinz nimmt, so lange niemand unmittelbar bedroht wird; die chinesischen Armeen können ihn, so wie sie jetzt sind, nicht vertreiben, die Einkünfte Schantung, das voll Mineralien fect, würden alle seine Inkosten decken. Sein eignes Volk wird glauben, daß er ihm einen immens großen Markt eröffnet hat, und er selbst wird stolz sein, den Grundstein zu dem Kolonialreich (Colonial Empire) gelegt zu haben, ohne das europäische Gleichgewicht erschüttert zu haben. Das erscheint uns als das mögliche Resultat des mißlungenen Versuchs, die Kaiserin- Witwe zu zwingen...“

Um seine Scharmacherer wirksamer zu machen, fällt sich das Blatt zum Teil an die Thatsachen. Gegenüber der anfangs proklamirten Chinapolitik Deutschlands bedeutet tatsächlich dessen jetzige Haltung eine anfassende Resignation, eine politische Niederlage. Freilich wäre es eine ungleich größere, eine geradezu unverzeihliche Thorheit der deutschen Politik, wenn sie trotz der inzwischen empfangenen Lehren noch mit dem Kopf durch die Wand rennen wollte, zu keinem andern Zweck, als um England als Puffer gegen Rußland zu dienen.

Deutschland hat um so weniger Ursache, England den begehrten Beschützerdienst zu erweisen, als die englische Presse diese Schar- macherabsicht nachgerade gar zu täppisch verrät. Wie gering muß man von der deutschen Diplomatie denken, daß man ihr einen Köder vorwerfen zu dürfen glaubt, aus dem der Widerhaken so offensichtlich hervorspringt!

Deutschland solle die Provinz Schantung annectieren, denn es brauche nicht zu befürchten, deshalb in einen Krieg mit einer Groß- macht verwickelt zu werden, England zumal werde seinen Segen zu dieser Annectierung geben. Und Schantung sei eine so schön e Provinz, eine so reiche Provinz, die voller Mineralien fect. Hat das ländergeriege England jemals einen sonst gehaltenen Rivalen eine so wertvolle Kolonie derartig aufzubringen veriaht? Aber England wäre augenblicklich Deutschlands Annectionspolitik in Ostasien äußerst willkommen, deshalb läßt es alle Scharmacherkünste spielen, deshalb macht es der deutschen Regierung in demselben Augenblick die zweifelhaftesten Komplimente, in dem es über das klägliche Scheitern der Voll- dampf-Politik höhnt.

Schon seit Geronnen haben wir systematisch auf Englands dreiste Scharmachererlei hingewiesen, das jetzt mit den gewagtesten Mitteln des Hochspiechens arbeitet.

Die Chinawirren sind augenblicklich an dem kritischen Wende- punkt angelangt; da gilt es die Augen offen zu halten.

Deutsches Reich.

Die gekränkte Leberwurst.

Einen heiteren Zwischenfall brachte die heutige Budgetkommission neben ihren politisch bedeutsamen Vorkommnissen.

In einer Geschäftsordnungsdebatte überreichte Herr Müller- Zulda, einer der hervorragendsten Geschäftsleute des Centrums, die Kommission mit der Erklärung, daß er das in früherer Sitzung übernommene Referat an das Plenum jetzt ablehne. Zur Begründung seiner Ablehnung erzählte Herr Müller in komischer Erregung folgende Schauermär: Als das Zustandekommen des letzten großen Flottengelezes im letzten Frühjahr durch ein Gartenfest beim Reichskanzler gefeiert wurde, habe einer seiner Parteifreunde unfrei- willig einige Aeußerungen eines hohen Beamten des Reichs- Marine-Amts über ihn — Müller-Zulda — angehört; der Beamte habe gesagt: „Ich bin froh, daß die Reichstags- wirtschaft endlich mal ein Ende nimmt, Ich habe alle Arbeit gehabt, das Referat des Herrn Müller habe ich machen müssen, bis auf zwei Zeilen, die Müller ge- schrieben hat und die dann auf Antrag des Abgeordneten Richter wieder gestrichen worden sind.“ Meine Herren — so fuhr Abgeordneter Müller in freischender Entrüstung fort — das sind Verdächtigungen, die ich mir nicht gefallen lassen kann, ich habe den Bericht verfaßt und nur die rechnerischen Anlagen kamen vom Marine-Amt. Der betreffende Beamte aber ist hier anwesend als Vertreter der Regierung; so lange er hier ist, übernehme ich kein Referat wieder.

Vergeßlich erklärte der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts, wenn ein Beamter seines Ressorts unglücklich über den Abg. Müller behauptet habe, so bedauere er das aufrichtig; vergebens verurtheile der Vorsitzende und andere Mitglieder der Kommission dem in seinen bedeutendsten Verdiensten um die Marine gekränkten Herrn Müller anzureden. Herr Müller verschmähte die Centrumsgelehrtheit des Unfalls und blieb heldenhaft fest in der Ablehnung des Referats.

Es ist zu erwarten, daß der Beamte, der es wagte, Herrn Müller also schwer zu verletzen, zu feierlicher Abbitte genötigt werde. Soviel Lobes sollte das heilige Gemüth des Centrums um Militär-, Marine- und Chinavortagen sicher sein.

Ueber die Wahlen in Württemberg liegen noch keine end- gültigen Abstimmungsresultate vor, doch ist soviel schon gewiß, daß sich die socialdemokratischen Stimmen ungefähr verdoppelt haben. Während 1895 nur rund 32 000 socialdemokratische Stimmen ab- gegeben wurden, werden die 60 000 kaum reichen. Dagegen hat die Volkspartei 20 000 Stimmen verloren; sie erhält nur noch etwa 71 000 Stimmen. Das ist ein sicheres Kennzeichen dafür, daß dieses Volksurteil nicht nur der inneren Politik Württembergs, sondern daß es vielleicht in noch höherem Grade der allgemeinen Reichs- politik gilt.

An diesem Stimmverhältnis läßt sich aber auch erkennen, wie ungerecht das gegenwärtige Wahlsystem Württembergs mit seiner Kreisverteilung ist und wie notwendig die Einführung des Pro- portional-Wahlsystems ist. Während nämlich die Volkspartei bei ihren 71 000 Stimmen nur wenige von ihren bisherigen 31 Mandaten verlieren wird, wird es die socialdemokratische Partei mit ihren 60 000 Stimmen auf vielleicht 6 Mandate bringen. Mit der Ver- fassungsrevision sollte wenigstens für die Abgeordneten, die an Stelle der auszumerkenden Privilegierten gewählt werden sollten, eine proportionale Vertretung eingeführt werden. Da das Centrum das eine verhindert hat, hat es auch das andre verhindert.

Potemkinsche Dörfer und die Villenkolonien, die nach Be- hauptung des Herrn Hilde — am Montag im Reichstag — in Rheinland-Bessalen zu finden sein sollen. Wenn Herr Hilde gesagt hätte, Ausländer-Niederlassungen, dann hätte er in Bezug auf die Villenkolonien recht. Von den einheimischen Vergleuten wird man sehr wenige als Mieter in den Kolonienwohnungen finden. Einzelne der Kolonien sind fast ausschließlich von Polen bewohnt, in andern dominieren Oesterreicher. Für die meisten Ausländer muß man no- cherrigen Kolonienwohnungen errichten, weil dieselben ordentliche Woh- nungen nicht bezahlen können. Zur Zeit kommen hier im Industriegebiet noch Oesterreicher an, die, trotzdem man ihnen 7-8 M. Lohn ver- sprechen hat, mit 2,80-3,00 M. abgepeißt werden. Von einem Beamten einer Fische bei Dortmund wurde kürzlich auch offen aus- gesprochen, daß man, wenn Arbeiterentlassungen vorgenommen werden müßten, dann nicht die Ausländer, sondern die heimischen Arbeiter „Niesen“ müßten. Ein Polizeibeamter, der Befangene nach Dortmund abgeliefert hatte, bemerkte im Gespräch, die Ausländer in den Kolonien (bei Lütgendortmund) haben meist alle etwas auf dem Kerbholz, wir haben viel Last damit, auch die Kolonien werden sehr belastet. — Das sind die Vergarbeiter-Villen-Kolonien. — Aber in Essen, da soll's herrlich sein! Eine „Villen-Kolonie“ giebt's hier allerdings. Dieselbe liegt eine Stunde von Essen entfernt, un- mittelbar an die Fesigung des Herrn Strupp anstößend. Die Anlage dieser Kolonie, die aus ca. 50 ein Stockwerk hohen Häuschen be- steht, die je von zwei Familien bewohnt werden, dürfte mehr als befonderer Liebhaber, als aus sonstigen Motiven entstanden sein. Diese Kolonie wird auch nicht von aktiven Arbeitern, sondern von Ju- validen bewohnt. Die Hauptkolonie der Firma Strupp ist der sog. „Cronenberg“ und besteht aus ca. 120 Mietwohnungen. In jedem Haus wohnen bis zu 12 Familien. Auf dem sogenannten „Schedehof“, Nordhoff und Westend-Kolonie findet man den großen Teil Holz- baracken, die aus sanitätspolizeilichen Rücksichten eigentlich geschlossen werden müßten. In den neueren Kolonien sind die Wohnungen so teuer, daß Arbeiter mit gewöhnlichem Durchschnittslohn die- selben überhaupt nicht mieten können. Wie es trotz der Villen- Kolonien übrigens in Essen ausseht, kann schon daraus ersehen werden, daß der Oberbürgermeister der Stadt bereits die Errichtung einer Baugewerkschaft sowie eine bedeutende Unterstuhlung der Baugewerkschaften in Aussicht gestellt hat — zur Abhilfe der Wohnungsnot.

Eine Hummerkarte. Die Rhein. Westf. Arbeiter-Zeitung“ ver- öffentlicht die folgende ihr zugestellte Feldpostkarte:

Tientsin, 17. 10. 1900.

Lieber Bruder und Schwägerin!

Wir werden wohl diesen Winter in Tientsin liegen bleiben denn wir haben uns die eingeschossenen und niedergebrannten Häuser wieder aufgebaut und uns hässlich darin niedergelassen. Eine schöne Gegend ist hier nicht. Die Chinesen sind gerade wie die Sklaven. Wenn man etwas zu machen hat, nimmt man den ersten besten, der muß es dann für einen arbeiten. Traurig aber wahr.

(Gräße

Unterschrift).

Unsre Scharmacher müssen vor Reid vergehen, daß sie sich nicht auch bei uns auf diese billige Weise Arbeiter verschaffen können, wie diese christlichen Sklaventreiber in China. —

Mitfahr von Ostasien-Manuschaften. Mit dem Lloyd- dampfer „Aöln“ werden am Sonntag oder Montag 887 Mann aus Ostasien zurückkehren. Die Heimkehrenden haben im Juni, Juli und August in den Zusammenstößen mit den Bogen mitgelämpft. Die Heimkehrenden gehören den Besatzungen 18 verschiedener Kriegs- schiffe und Torpedoboote, den Seebataillonen und dem ostasiatischen Expeditionscorps an. Von der Besatzung des „Itis“ treffen 45 Mann ein.

Von den ausgefendeten 25 Truppentransportdampfern ist ein, der Lloyd-Dampfer S. S. Meyer bereits wieder in seinem Heimat- hafen eingelaufen, zwölf andre Dampfer befinden sich auf der Heim- reife, natürlich ohne militärische Ladung. Ueber die Verwendung der Dampfer für die Militärtransporte schreibt unser Bremerhavener Bruderorgan:

Das Herausnehmen der vielen großen Dampfer aus den Schiffsahrtslinien des Norddeutschen Lloyd hat sehr deprimierend auf den Schiffsverkehr in Bremerhaven gewirkt und dem ganzen Gewerbs- leben der Unterweser-Orte einen schweren Rückschlag gegeben. Den ganzen Sommer und Herbst herrschte in den Unterweser-Orten eine Geschäftsflaute, wie sie seit langem nicht vorgekommen. Die Folge davon ist teils schon jetzt bemerkbar und wird noch mehr in den nächsten Wochen durch Kontrakte von größeren und für sicher fundiert gehaltenen Geschäften zum Ausdruck kommen. Die Chinabegeisterung des Bürger- tums rächt sich so an ihm selber. Auch die Arbeiter und, wie das gestern von uns veröffentlichte Eingekandt beweist, vor allem die Hafenarbeiter, sind von dem mangelnden Schiffsverkehr in den hiesigen Häfen stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Hoffentlich wird das jetzt noch der Rückkehr der unterwegs befindlichen Hummer- schiffe besser werden.

Die Herren Groß-Needer haben freilich ein glänzendes Geschäft mit dem Truppentransport gemacht. —

Das militärische Erlaße nützen. Die deutsche Kaspipresse thut sich besonders viel darauf zu gut, daß endlich, nach Belannt- werden der Hummerbriefe, von den deutschen Truppenführern in Ost- asien Befehle gegen das Plündern und die Brutalisierung friedlicher Chinesen erlassen worden sind. Die russische Presse teilt nunmehr mit, daß der russische Kriegsminister bereits am 23. Juni an den Kommandanten der mandchurischen Truppen folgendes Telegramm sandte:

„Gezwungen, unsre Truppen in die Mandchurei einzulassen zu lassen, werden wir unzweifelhaft nach einer Reihe von Siegen den be- waffneten Widerstand der rebellischen Truppen und Bevölkerung vollständig brechen. Gewiß ist es auch, daß es unter dem Schutze unserer siegreichen Truppen möglich sein wird, die Arbeiten von staatlicher Wichtigkeit hinsichtlich der Durchlochung der Eisen- bahnen durch die Mandchurei zu erneuern. Doch genügt dieses nicht. Es ist dringend notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, damit die bisher friedliche Bevölkerung der Mandchurei von den Rebellen nicht fortgerissen wird und uns nicht in die schwere Zwangslage versetzt, einen Volkskrieg führen zu müssen. Zu diesem Zwecke gerathe Seine Majestät der Kaiser zu befehlen, Sie und den Admiral Algejew mit der Ergreifung energischer Maßnahmen zu beauftragen, damit die Feindseligkeiten in der ihnen eignen Unerbittlichkeit nur die chinesischen Truppen und die bewaffnete Bevölkerung treffen. Die Truppen und die bewaffnete Bevölkerung müssen völlig ge- schlagen, die Befestigungen vernichtet, die Waffen abgenommen werden, aber die friedlichen Einwohner, ihre Ver- haufungen und ihr Eigentum dürfen keines- falls Objekte der feindseligen Handlungen unserer heldenmütigen Truppen oder der Kosaken- Grenzbevölkerung sein. Keine überflüssigen Grausamkeiten und Zerstörungen dürfen ange- lassen werden, Zerstörung von Städten und Dörfern, Plünder, die die Bevölkerung am meisten gegen uns aufbringen, können nur als ausnahmsweise Vergeltung für schwere und blutige Verbrechen gegen uns gestattet werden. Plünderungen und Raub in jeglicher Gestalt seitens der Militärschergen und der Kosakenbevölkerung müssen mit strengen Maß- regeln, das Standrecht nicht ausgenommen, ge- ahndet werden. Für alle von der Bevölkerung ge- lieferten Produkte sind Vergütungen zu leisten...“

Wie trotzdem die russischen Soldaten durch Norden, Sengen und Plündern gehaßt haben, ist bekannt. Wie würde die russische Soldateska erst gehaßt haben, wenn man ihr die Lösung gegeben hätte, daß Pardon nicht gegeben werde. —

Mit einer Sensationsnachricht über einen Kompromiß-Vorschlag im südafrikanischen Konflikt übertrifft das „Leipz. Tagebl.“ die Deffektivität. Dasselbe veröffentlicht die ihm angeblich von einer hochgestellten englischen Persönlichkeit übermittelte Meldung, daß die Möglichkeit eines Kompromisses zwischen England und den Boeren darin bestehe, daß den Boeren die Bildung einer neuen Boerenrepublik in der Nordhälfte Transvaals zugesichert würde. Die deutsche Regierung habe Anträge wissen lassen, daß Deutschland bereit sein werde, bei einem auf dieser Grundlage zu stände kommenden Frieden ihre Mitwirkung zu bieten. Bei Deutschland würden sich demnach die Boeren zu bedanken haben, wenn ihnen ein derartiges Zugeständnis gemacht werde.

Wie halten die Nachrichten für äußerst unwahrscheinlich. So große Sorgen die völlige Unterwerfung der Boeren England auch bereiten mag, so glauben wir doch nicht, daß es sich noch einmal der Gefahr eines Entscheidungskrieges mit den Boeren aussetzen würde. Für noch unwahrscheinlicher aber halten wir es, daß Deutschland den Boeren gegenüber unter der Maske höchster Teilnahmslosigkeit die Rolle des geheimen Wohlthäters spielen könnte. Soviel Edelmut könnte Deutschland unmöglich verschweigen.

Der Regen der Kanalgegnerschaft. Wie rasch man als Vemter durch seine Opposition gegen eine Regierungsvorlage avancieren kann, beweist die rasche Verforderung des früheren Landrats in Lüben, v. Dalwig, der seiner Zeit wegen seiner Ablehnung der Kanalvorlage ebenfalls seines Amtes entsetzt worden war. Herr v. Dalwig wurde bereits Anfangs dieses Jahres zum Regierungsrat in Posen befördert, um jetzt gar zum Vortragenden Rat in demselben Ministerium des Innern ernannt zu werden, das ihn doch vor Jahresfrist gemahregelt hatte!

Japans verständige Haltung. Die „Post“ sucht die Besorgnisse zu zerstreuen, die sich wegen Japans Haltung in der Frage der Friedensverhandlungen hier und da kundgegeben hatten. Es handle sich keineswegs um ein inneres Verhältnis zwischen Tokio und Peking, wie man angenommen habe. Japan sei nur deshalb für die Wilderung einzelner Friedensforderungen eingetreten, um nachher, wenn man in die Notwendigkeit des Fallenslassen zu weitgehender Forderungen verlegt würde, nicht den Eindruck zu erwecken, vor den Chinesen in gewisser Hinsicht zu kapitulieren. Die „Post“ findet diese Ansicht ganz in der Ordnung, trotzdem die deutsche Politik genau das Gegenteil dieser Politik der klugen Berechnung darstellt.

Die Krüger-Quarantäne erstreckte sich nach der Deutschen Zeitung“ auch auf Krügers Verührung mit der katholischen Geistlichkeit. Als Krüger während seines Aufenthalts in Köln den Dom besuchte, wurde er wie irgend sonst ein Privatmann von einem Küster und dem Domkassierer in fadenscheinigen Alltagsgeplauder empfangen. Kein geistlicher Würdeträger hatte sich eingemischt, und ein kürzlich mit dem Kronenorden zweiter Klasse dekorierter Dompropst, der sich mit ihm Dom besand, verstand sich nicht von der Wildschär, als Krüger den Dom betrat. Dafür wählten aber der Küster und der Schweizer um so nachdrücklicher ihres Amtes, indem sie nur 8 Personen, die als offizielle Begleitung Krügers angemeldet waren, einließen und die übrigen rüchlos zurückdrängten. Die Kirche pflegt nur da ihren Glanz zu haben, wo sie selbst sich im Glanze der irdischen Macht können kann.

Eine Vereinigung zur Aufklärung des Krüger-Mordes erlöst in der antisemitischen Presse einen Aufruf zur Sammlung eines Fonds, aus dem weitere Recherchen nach dem Mörder des Gymnasiallehrers Winter bestritten werden sollen. Das unterzeichnete Komitee, in dem sich ein katholischer Pfarrer, ein evangelischer Pfarrer, der Landtags-Abgeordnete für König-Schlohan-Ludwig und mehrere Stadträte befinden, giebt der Hoffnung Ausdruck, daß es noch immer gelingen könnte, eine weitere Spur des Verbrechens aufzufinden. Wir wünschen der Vereinigung besseren Erfolg als den Gerichtsbehörden und bessere Zeugen, als einen Wahloff.

Typhus im deutschen Heere. Von der 1. Abteilung des Feld-Artillerie-Regiments Nr. 16, die wegen zahlreicher Typhusfälle vor etwa drei Wochen aus ihrem Standort Straßburg in das Paradelager des Truppen-Übungsplatzes bei Hagenau verlegt worden war, sind, einer Meldung der „Hagenauer Zeitung“ zufolge, in den letzten Tagen wieder zwei Mann an Typhus gestorben. Das Blatt fügt hinzu, dieser unglückliche Verlust der Kräfte hätte selbst durch die „geradezu peinlich sorgfältige Ueberwachung und Pflege“ der von der Epidemie Befallenen nicht verhütet werden können. Der Krankenstand der Abteilung ist immer noch ein bedenklich hoher und die Gefahr weiterer Todesfälle nicht ausgeschlossen. Man nimmt an, daß die Seuche durch den Genuß schlechten Trinkwassers aus dem Mandör in die Garnison eingeschleppt worden sei.

Das Kieler Reichstags-Mandat beanstanden. Die Wahlprüfungs-Kommission hat am Donnerstag die Wahl des Abg. Hänel in Kiel zu beanstanden und weitere Beweiserhebungen über die im sozialdemokratischen Protest behaupteten Unregelmäßigkeiten anzuordnen beschlossen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Vor der Eibfelder Strafkammer hatte sich der Scheifer Wilhelm Rietenhöfer von Solingen wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. In dem Kollbause des Angeklagten wurde am 29. Oktober über die Kaiserbesuche im bergischen Lande gesprochen. Hierbei machte der Angeklagte eine absällige Kennerung über den deutschen Kaiser, die dann später der Polizei hinterbracht wurde. Der Angeklagte war damals stark angezuckelt und konnte sich des Vorfalls nicht mehr entsinnen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den bisher unbekannt gebliebenen Angeklagten sechs Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis.

Ausland.

Niederlande.

Ein niederländisch-portugiesischer Konflikt ist dadurch entstanden, daß dem niederländischen Generalkonsul Pott in Lourenço Marquez die Exequatur entzogen wurde. Vermutlich ist das Vergehen Portugals auf englische Einflüsse zurückzuführen, da England das Einkommen Potts zu Gunsten der portugiesischen Grenze überschreitenden Boeren verdrängen haben dürfte. Das Einkommen gegen Pott hat dazu geführt, daß der portugiesische Gesandte im Haag, von Weede, seinen Posten verlassen hat.

Wie das „Neuerliche Bureau“ aus guter Quelle erfährt, wird der portugiesische Gesandte sich wahrscheinlich auf einige Tage nach Lissabon begeben, um seine Regierung mündlich über die Schwierigkeiten der Angelegenheit Pott zu unterrichten, er beabsichtigt jedoch, auf seinen Posten zurückzukehren. Der niederländische Gesandte in Lissabon befindet sich ebenfalls auf seinem Posten.

Belgien.

Brüssel, 7. Dezember. Der von den Sozialisten eingebrachte Gesetzentwurf betreffend die Alterspension für Grubenarbeiter setzt die Pension für Grubenarbeiter, die das fünfzigste Lebensjahr überschritten haben, auf 600 Fr. fest. Diese Pension soll gesichert werden durch einen dreiprozentigen Lohnabzug und eine dreiprozentige Abgabe der Arbeitgeber, berechnet auf die Lohnsätze der Arbeiter. Die staatliche Unterstützung soll sich auf 2/3 der Gesamtsumme der von den Arbeitern und Arbeitgebern gestellten Summe belaufen. Die Pensionsberechtigung erfordert den Nachweis einer dreißigjährigen Thätigkeit als Grubenarbeiter.

England.

320 Millionen Mark neue Anleihe. Nach dem am 7. Dezember dem Parlament zugegangenen Richtungsbericht verlangt die Regierung zur Deckung von Ausgaben für die in Südafrika und China stehenden Truppen 10 Millionen Pfund Sterling.

Afrika.

Vom Kriegsschauplatz. Lord Kitchener berichtete aus Bloemfontein vom 6. Dezember: 500 Boeren unter dem Befehl des Kommandanten Delarey griffen am 3. Dezember in der Nähe von Buffelspoort einen englischen Proviantzug an, der sich nach Rustenburg begeben wollte. Die englische Begleitungsarmee, bestehend aus 300 Mann mit 6 Geschützen, nahm Stellung auf den umliegenden Höhen und leistete heftigen Widerstand. Der Kampf dauerte bis zum Einbruch der Nacht. In den ersten Morgenstunden des nächsten Tages hatten die Engländer bereits Verstärkungen erhalten, und die Boeren zogen sich nunmehr zurück, nachdem sie die Hälfte der Proviantkolonne zerstört hatten. Ihre Verluste waren bedeutend. Die Engländer hatten 15 Tote und 23 Verwundete. — General Dewet überschritt am 5. Dezember den Caledonfluß bei Karespofort und bezog sich nach der Gegend von Rosenthal. General Knox verfolgte ihn mit einem Teil seiner Truppen. — 60 Boeren befanden sich in Witrand, 12 Meilen von Warant. Im Norden von Kimberley werden noch immer zahlreiche Boerenpatrouillen gemeldet.

Ein weiteres Telegramm meldet: In der Nacht vom 5. zum 6. Dezember stieß eine von Alival North entsandte Patrouille nahe bei der Stadt auf die Vorposten von Dewets Hauptmacht, welche dort lagerte. Die Patrouille machte einen Gefangenen. Dewet ist hart bedrängt und scheint unter dem fortgesetzten Treiben zu leiden. Der Gefangene berichtet, Dewet habe nahe bei dem Südufer des Caledonflusses ein Geschütz zurücklassen müssen. Alle gefangenen Engländer, welche nach Dewetsdorp gebracht worden waren, sind befreit worden mit Ausnahme der Offiziere. Der Kommandant von Alival North hat alle Vorbereitungen für den Fall eines Angriffs getroffen.

Die „Verletzung“ der Gefangenen reduciert sich wohl auf die Thatsache, daß die Boeren aus Gründen der Proviantersparnis die Gefangenen mit Ausnahme der Offiziere ihrer Gewohnheit gemäß haben laufen lassen. Neue englische Brutalitäten werden aus Johannesburg angekündigt:

Die Regierung trifft Vorkehrungen, um auf der Rembahn bei Voortvond 4000 Personen unterzubringen. Es besteht nämlich die Absicht, alle umliegenden Farmen auf dem Rand von ihren Bewohnern zu säubern und sie da unterzubringen, wo man sie streng überwachen kann, da viele von ihnen den Feind durch Lieferung von Nahrungsmitteln und durch Kundschafterdienste zu unterstützen pflegten.

Der Afrikaner-Kongress hat am 6. Dezember in Worcester (Kapkolonie) stattgefunden. Es nahmen etwa 3000 Delegierte an demselben teil, die 120 000 Afrikaner vertreten. Auf den die Stadt umgebenden Bergen waren 8000 Mann Soldaten mit Artillerie postiert, es kam jedoch zu keinen Aufrührungen. Einer der Delegierten, welcher nach England entandt gewesen war, teilte mit, daß von den britischen Liberalen, so wie sie jetzt seien, nichts zu erwarten stünde. Es wurden dem Kongress sodann drei Resolutionen vorgelegt. Die eine verlangt die Beendigung des Krieges, nimmt Bezug auf die Verwüstung des Landes und die Ausrottung des einen weichen Stammes, erklärt, daß dies und die Behandlung, der die Frauen und Kinder der Boeren ausgesetzt seien, ständig ein Gefühl der Erbitterung weiter vererben würden, und spricht sich schließlich dahin aus, daß die Unabhängigkeit der Republik allein den Frieden in Südafrika sichern könne. Die zweite Resolution kritisiert die Politik und die Haltung des Gouverneurs der Kapkolonie Wüter und tritt für das Recht der Kolonie ein, ihre Angelegenheiten selber zu verwalten. Die dritte Resolution bestimmt, daß eine Abordnung abgeandt werde, welche der Reichsregierung die Anschauungen des Kongresses zur Kenntnis bringen soll. Nachdem eine Anzahl von Reden gehalten war, in denen eine sehr heftige Sprache geführt wurde, alle Redner aber jeden Gedanken an einen Aufstand von sich wiesen, wurden die drei Resolutionen unter lautem Beifall angenommen. Der Kongress wurde sodann geschlossen.

Parlamentarisches.

Toleranz-Antrag. Die Konstituierung der 9. Kommission des Reichstags, welche den Entwurf eines Reichsgesetzes betreffs „Freiheit der Religionsübung“ zu beraten hat, um die zweite Lesung des Entwurfs vorzubereiten, fand am Freitag statt. — Dieser sogenannten Toleranz-Kommission gehören für die sozialdemokratische Fraktion die Abgeordneten Bloß, Kunert, Stolle und Sollmar an.

Die Lübeckische Streikposten-Verfügung

Dot den Anlaß zu einer am 6. d. M. vor dem Schöffengericht in Brandenburg a. H. geführten Verhandlung. Angeklagt war der Genosse Theodor Buch wegen Vergehens gegen § 111, Abs. 2. Inkrinimirt ist die Nr. 177 der „Brandenb. Jtg.“, in welcher u. a. die Erwortung ausgesprochen war, daß die Lübecker Arbeiter der Verordnung „Troß Dieben werden“, um gerichtliche Entscheidungen herbeizuführen. Nachdem das Amtsgericht die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt hatte, hat nach einer Reihe von Wochen die Strafkammer zu Potsdam auf die Beschwerde der Staatsanwaltschaft die Eröffnung des Hauptverfahrens und die Verhandlung vor dem Schöffengericht zu Brandenburg angeordnet, in Erwägung, daß die Anwendung des § 111 Str.-G.-B. nicht die Rechtsgültigkeit einer strafandrohenden Gesetzesbestimmung voraussetzt, daß danach der Angeklagte hinreichend verdächtig erscheine.

Der Angeklagte machte geltend, daß — selbst die Befugnisse der Lübeckischen Verordnung vorausgesetzt — er zu einer konkreten geschwägigen Handlung doch nicht aufgefordert habe.

In eingehender Weise hat der Angeklagte sodann dar, wie die Lübeckische Verordnung dem Artikel 2 der Reichsverfassung, der sich mit drei Worten dahin fassen lasse, daß „Reichsrecht Landesrecht bricht“ sowie dem § 152 der Gewerbe-Ordnung zuwider laufe. Daß das Koalitionsrecht nicht in dieser Weise auf dem Wege landespolizeilicher Verordnung beschränkt werden dürfe, haben die verbündeten Regierungen selbst dadurch anerkannt, daß sie den Tenor der Lübeckischen Streikposten-Verordnung zum Reichsgesetz machen wollten. Die gleiche Bestimmung befindet sich nämlich in dem Justizgesetzbuch „Entwurf“, der bekanntlich vom Reichstag verworfen worden ist. Der Reichstag habe das auch in der Verhandlung vom 11. Juni d. J. der Regierung in unabweisbarer Weise zu erkennen gegeben. Der Angeklagte citierte die wichtigsten Äußerungen der Abgeordneten Bassermann, Spahn u. a., verwies auch auf die belamte bezügliche Arbeit des früheren Ober-Landesgerichtsrats Dr. v. Buchta, der noch vor kurzem selbst der Reichsregierung angehört hat und überreichte dem Gerichtshof die den Buchstaben Artikel enthaltende Nummer der „Deutschen Juristen-Zeitung“.

Selbst der Herr Staatssekretär des Reichs, Justizamts, Herr Dr. Rieberding, habe sich nicht unbedingt für die Gültigkeit der Verordnung auszusprechen vermocht, und gerade Herr Dr. Rieberding habe die Anregung dazu gegeben, Entscheidungen der ordentlichen Gerichtshöfe herbeizuführen. Gerichtliche Entscheidungen gegen Polizeiverordnungen könnten doch aber nur auf die Weise herbeigeführt werden, daß man denselben nicht Folge giebt. Jedemfalls sei es das gute Recht eines jeden Bürgers, über die Rechtsgültigkeit von Bestimmungen Entscheidung der ordentlichen Gerichte herbeizuführen, und wenn zu letzterem aufgefordert werde, so werde nichts Unzulässiges begangen.

Der Amtsanwalt begründete die Rechtsgültigkeit der genannten Verordnung mit dem Interesse der öffentlichen Ordnung und beantragte 100 M. Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis. Auf den Hinweis, daß die Substanzstrafe nur Haft sein könnte, weil das Delikt selbst (die Uebertretung der Verordnung), wenn ein Delikt überhaupt angenommen würde, nicht mit Gefängnis bedroht ist, änderte der Amtsanwalt seinen Antrag entsprechend.

Der Ausschuss, daß die Verwendung des § 111 Str.-G.-B. nicht die Rechtsgültigkeit einer strafandrohenden Gesetzesbestimmung voraussetzt, hat sich der Gerichtshof nicht anschließen können. Der

Gerichtshof war vielmehr der Meinung, daß die Rechtsgültigkeit der Verordnung erst Voraussetzung zur event. Verurteilung sei. Das Gericht hat indes angenommen, daß die fragliche Lübeckische Verordnung vom 24. April d. J. nicht im Widerspruch mit der Gewerbe-Ordnung stehe, der § 152 der letzteren schließe nicht aus, daß die Polizeibehörde im Interesse der öffentlichen Ordnung Verfügungen erlassen und auch die im § 153 erfolgte spezielle Aufzählung von Delikten mache die Polizeiverordnung der angegebenen Art nicht unzulässig. Es sei sehr wohl denkbar, daß das Streikpostenliegen dem Verkehr und der öffentlichen Ordnung hinderlich sei, es könnte darin sogar Zusammenrottung gesehen werden.

Derartige Verfügungen seien ebenso zulässig wie polizeiliche Verfügungen, welche die Ausführung der vereinigten Verammlungen betreffen. Die Auffassung, welche bei Verhandlungen im Reichstag und in der Literatur bezüglich der Rechtsgültigkeit der genannten Verordnung kundgegeben, sei für den Gerichtshof nicht verbindlich, wenngleich die Äußerungen von Hochleuten herührten, die sich speziell mit der Frage befaßt haben. Für die Urteilsfällung komme es nunmehr auf die Feststellung des Thatsächlichen an. Es sei ja nun zugegeben, daß eine gerichtliche Entscheidung so gefaßt sein müsse, daß sie nicht auf eine Verengung des freien Wortes hinauslaufe.

Nun enthalte fast der ganze Artikel eine sachgemäße Betrachtung über die Frage der Rechtsgültigkeit der Lübeckischen Verordnung, der zu einer Inkriminierung keinen Anlaß biete; nur der Schlusssatz werde beanstandet; aber es sei nach den vorstehenden Erörterungen nicht anzunehmen, daß der Angeklagte sich der Strafbarkeit des Schlusssatzes bewußt gewesen sei; es sei ihm wohl zu glauben, daß es ihm lediglich darauf angekommen sei, eine Prüfung der Rechtsgültigkeit durch die ordentlichen Gerichte herbeizuführen. Unter diesen Umständen habe der Gerichtshof auf Freisprechung erkannt.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. In Wüstendrand bei Chemnitz wurde in der Klasse der Unansässigen der sozialdemokratische Kandidat mit starker Mehrheit gewählt. In Zahnsbach bei Chemnitz erlitten wir infolge der Krankheit der Arbeiterwähler eine Niederlage. Von 300 Wählern der Klasse gingen nur 52 zur Wahl. Unter den Stämmigen befanden sich viele Leser der „Chemnitzer Volkstimme“. In Bunzlau in Schlesien, wo der Genosse Schebs in die Stichwahl gekommen war, unterlag dieser leider mit 229 Stimmen gegen den bürgerlichen Kandidaten, der 268 Stimmen erhielt. In Baurersdorf bei Silesische in Westfalen wurde der sozialdemokratische Kandidat mit 82 gegen 1 Stimme gewählt.

Für die Stadtverordneten-Stichwahl in Breslau haben unsere Parteigenossen mit den vereinigten freisinnigen Parteien ein Abkommen getroffen, demzufolge die sozialdemokratischen Wähler in zwei Wahlbezirken für drei freisinnige Kandidaten und die freisinnigen Wähler in einem Bezirk für zwei sozialdemokratische Kandidaten stimmen.

Die Londoner Sozialdemokraten hatten am 4. d. M. in der „Memorial Hall“ zu Ehren der neugewählten sozialistischen Abgeordneten eine Versammlung einberufen. Die Versammlung war stark besucht; als Redner traten Tom Mann, Richard Bell (Leiter des Eisenbahner-Verbands), Keir Hardie, Georges Barnes (Machinerbauer) und andre auf. In einer einstimmig angenommenen Resolution werden die Abgeordneten aufgefordert, im Parlament eine energische Opposition gegen die Kapitalistenklasse im Allgemeinen zu führen, im besonderen gegen die Jingopartei und die Jingopolitik der Regierung sich zu wenden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Wegen Groben Unfugs** war Genosse Swienty in Halle zu 6 Tagen Haft verurteilt worden. Das Berufungsgericht ermäßigte die Strafe auf 10 M. Geldstrafe.

— **Wegen Beleidigung des Rats der Stadt Juidau** wurde der Redacteur des „Sächsischen Volksblatts“, Genosse Albert in Juidau zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Die Beleidigung wurde in der Ueberschrift einer Koliz über das sächsische Submissionswesen in Juidau gefunden.

— **Inkunst-Unfug.** Die Amtshauptmannschaft Meissen sandte einem dortigen Genossen das folgende originelle Schreiben: Die von den Bedarmen Berger und Grabowky mit Beschlag belegten Schriften mit dem Bemerken zuzuführen, daß jede Verbreitung derselben von Haus zu Haus ohne vorangehende Bestimmung nach § 360.11 als grober Unfug bestraft wird.

Wir sind unhöflich genug, die guten Absichten der väterlichwohltuenden Behörde nicht anzuerkennen.

— **Wegen „Sonntags-Entbeiligung“** wurden in Sorau zwei Parteigenossen vom Schöffengericht zu je 3 M. Geldstrafe verurteilt, weil sie des Sonntags Flugblätter verteilt hatten. Die Verteilung war außerhalb des Gottesdienstes geschehen.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Der Kampf im Hirsch-Dunkerischen Gewerbeverein. Zwischen dem Ortsverband Düsseldorf und dem Zentralrat besteht schon seit langem eine Spannung. Die Düsseldorf-Verbandsmitglieder hatten sich entschieden gegen die fonderbare Stellungnahme Dr. Hirsch's zum Straßenbahner-Ausstand im Landtag ausgesprochen, sie sind ferner nicht einverstanden mit der Aufrechterhaltung des belamten Avertis, durch den Sozialdemokraten vom Gewerbeverein ausgeschlossen sind, sie wünschen im ganzen eine energischere Vertretung der Arbeiterinteressen seitens des Verbands. Die Differenzen sind nun soweit gediehen, daß der Zentralrat in seiner Sitzung vom 20. November mit 26 gegen 4 Stimmen beschlossen hat, den Ortsverein Düsseldorf aufzulösen. — Alles tragisch werden die Düsseldorf-Verbandsmitglieder diesen Beschluß nicht aufnehmen; sie hatten schon vorher die Gründung eines eignen Organs für Rheinland angebracht, da sie mit der Haltung des Verbandsorgans längst nicht mehr einverstanden waren.

Schwere Strafen trafen drei Bromberger Bauarbeiter, die es gewagt hatten, beim dortigen Bauarbeiterstreik als Streikposten zu fungieren und zureisende Arbeiter über die Lage am Orte aufmerksam zu machen. Die betreffenden Arbeiter, Gustav Gütcher, Johann Krüger und Ferdinand Nitz, wurden wegen angeblicher „Verdrehung“ zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte nur einen Monat beantragt.

Differenzen im Münchener Metzgergewerbe. (Eig. Ber.) Dem Münchener Metzgerinnenverein stehen schwere Zeiten bevor. Die dem Gewerbeverein der Gastwirte Münchens (alter Verein) angehörenden Wirte haben nämlich den Beschluß gefaßt, die organisierten Metzgerinnen zu boykottieren und deren Stellen mit männlichem Personal zu besetzen. Dieser Beschluß muß unsonstige befremden, als der Vorsitzende des Metzgervereins eine spezielle Einladung vor verhältnismäßig kurzer Zeit einer Versammlung der Metzgerinnen-Organisation einludete und dort die Erklärung abgab, die Gastwirte würden dem Verein nichts in den Weg legen, wenn er sich darauf beschränkte, erfüllbare Forderungen zu erheben. Nun ist der von bürgerlichen Sozialpolitikern geleitete Verein weit davon entfernt, Himmelsstürmende Thaten zu verrichten. Jedoch scheint der in seiner letzten Versammlung gefaßte Beschluß, gegen die gewerkschaftlichen Stellenvertreter vorzugehen, verschiedenen Wirten aus ganz bestimmten Gründen nicht in den Aram zu passen. Nun sind zwar die Verhältnisse den neuesten Stimmungen durchaus nicht besonders günstig, denn sie haben nicht nur einen Teil des Publikums, sondern vor allem auch die gesamte Münchener Presse von vornherein gegen sich. Aber immerhin würde eine Aussperrung der organisierten Metzgerinnen eine schwere Probe für die Lebensfähigkeit

ihres Vereins sein. Die Mitglieder des Kellnerinnenvereins scheinen sich, soweit uns unsere persönlichen Beobachtungen nicht täuschen, zu meist aus den Kreisen der Ausschüßkellnerinnen zu rekrutieren. Bei den feierlichen Gründungsversammlungen schienen außer diesen nur noch solche Mädchen den Organisationsbestrebungen Verständnis entgegenzubringen, die die Folgen längerer oder kürzerer Arbeitslosigkeit momentan spüren mußten. Der eigentliche Stamm der Kellnerinnen, die in den besseren Restaurants und Cafés thätigen Mädchen, die noch über Gesundheit, Jugend und ein hübsches Gesicht verfügen, scheinen trotz eifriger Agitation selbst eines Teils der Wirtschaftsgäste sich nicht zum Beitritt entschließen zu können. Wozu die Prohungen gewisser Wirte — die allerdings alle Ursache haben, eine öffentliche Diskussion ihres täglichen und vor allem nächtlichen Lebens und Treibens zu fürchten — mit beitragen mögen. Es muß jedoch ausdrücklich betont werden, daß bei weitem nicht alle Wirte so unvernünftig sind, sich den Scherfmalern in ihrem Berufe anzuschließen. Denn die Münchener Gastwirte sind zum großen Teil infolge der übertriebenen Konkurrenz keineswegs auf Nojen gebeugt. Und wenn das Publikum etwas den Stiel umdrehen würde, dann wäre gar mancher von ihnen unrettbar dem Bankrott verfallen. Außerdem ist leider die Kellnerinnenbedienerschaft noch doch noch erheblich billiger, als die Arbeit der Kellner.

Ausland.

Aus der Schweiz. Der Streik der Sticker in Arbon am Bodensee hat für die Arbeiter infolgedessen einen Erfolg gehabt, als die ursprüngliche Lohnreduktion von 18 Proz. erheblich verringert wurde. Die Streikenden wurden alle wieder eingestellt und die Wohnungslösungen zurückgezogen. — Die Schalenmacher in Grenschen (Kanton Solothurn) haben durch einen zweitägigen Streik erreicht, daß vom 1. Januar 1901 an der Jehnsfundentag eingeführt wird. — Die Lohnbewegung der Polizisten in Basel ist noch nicht beendet. Nachdem die Regierung ihre Petition beantwortet hat, beschloß eine Versammlung von sechzig Polizisten die Forderung ihrer Eingabe an den Großen Rat (Landtag), hauptsächlich zu dem Zwecke, das Besoldungsmaximum schon nach 10, statt erst nach 15 Jahren zu erreichen. — Der ca. 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigende Schuhfabrikant Bulli in Schönenwerd (Kanton Solothurn) hat angeordnet, daß den in seiner Fabrik beschäftigten verheirateten Arbeiterinnen der Sonnabendnachmittag freigegeben werde. — Den Wert höherer Beiträge an die Gewerkschaften scheint man allmählich auch in den schweizerischen Arbeiterkreisen zu begreifen. So ist im Schalenmacherverband der Monatsbeitrag durch Urabstimmung auf 1,50 Fr. erhöht worden. — Die Lohnarbeiter in Locle (Kanton Neuchâtel) haben auf friedlichem Wege eine Lohn-erhöhung von 10 bis 25 Proz. erreicht.

Zürich, 5. Dezember. (Fig. Ver.) Der Vorstand des schweizerischen Arbeiterbunds hat in seiner am letzten Sonntag hier abgehaltenen Sitzung unter anderem die Freigabe des Sonnabend-Nachmittags für die Fabrikarbeiter sowie neuerdings die Frage der Neutralität der Gewerkschaften behandelt. Für die Wespung der ersten Angelegenheit bildete der Beschluß der bezüglichen nationalrechtlichen Kommissionsmehrheit, den Arbeitsklus auf 4 Uhr nachmittags an den Sonnabenden zu verlegen, die Grundlage. Der Bundesvorstand beschloß nun eine Eingabe an die Bundesversammlung mit dem Begehren um Freigabe des ganzen Sonnabend-Nachmittags zu richten. Die Neutralitätsfrage wurde von Vödsberger, der Mitglied des Bundeskomitees des schweizerischen Gewerkschaftsbunds, angeschnitten. Den Anlaß dazu gab ihm die seit der Neutralisierung des Gewerkschaftsbunds gemachte Erfahrung, daß die Lohnarbeiter, welche Mitglieder der katholischen Organisation sind und derenwegen die Neutralisierung beschlossen wurde, bis heute noch nicht in die Gewerkschaften gekommen sind. Die Gegner der Neutralisierung hatten seiner Zeit vorausgesetzt, daß es so kommen wird und daß die Sozialdemokraten die Dürperten sein werden, die Opfer bringen, um sich nachher von den schlauen ultramontanen Parteiführern auslachen zu lassen. Die anwesenden katholischen Führer bestritten auch gar nicht die Behauptung Vödsbergers, im Gegenteil forderte der Basler Advokat Dr. Feigenwinter noch weitere Garantien vom Gewerkschaftsbund dafür, daß die katholischen Arbeiter von den bösen Sozialdemokraten nicht behindert werden. In diesem Sinne gaben auch in der That die gewerkschaftlichen Vertreter eine Erklärung ab. Ob jetzt nun die katholischen Arbeiter kommen werden? Wir wollen abwarten.

Aus der Frauenbewegung.

Zur Kellnerinnenbewegung. Die dem Gastwirtsverein angehörenden Wirte in München haben beschlossen, keine Kellnerin zu beschäftigen, die dem Kellnerinnen-Verein angehört. Dazu schreibt ein bürgerliches Blatt, die „Landshuter Zeitung“: „Wir bezeichnen das rundweg als einen nicht gerechtfertigten Terrorismus, über den wahrscheinlich das Publikum das letzte Wort sprechen wird. Es kennzeichnet die ganze Situation, daß sich die Wirte vor Mädchen fürchten, die eine Verbesserung ihrer teilweise skandalösen Arbeitsverhältnisse anstreben. 16—17stündige Arbeitszeit in rauchigen, schlecht ventilierten Lokalen ohne Lohn oder nur mit einem Scheinlohn, meist schlechtes Essen, das ist die Signatur des Kellnerinnenlebens und da wundern sich die Wirte, daß dieser Klasse von Bediensteten ebenfalls der Gedanke an eine Verbesserung ihrer Lage kommt.“

Sociales.

Schöneberg. Der öffentliche Arbeitsnachweis der Stadt Schöneberg wurde im November von 150 Arbeitgebern in Anspruch genommen, denen 165 Arbeitsuchende gegenüberstanden. Davon wurden erledigt durch Einstellung 137 Personen; es wurden verlangt: 46 Arbeiter, 82 Aufwärtinnen, 35 Fabrikarbeiterinnen, denen 51 Arbeiter, 46 Aufwärtinnen, 23 Fabrikarbeiterinnen als Arbeitsuchende gegenüberstanden.

Auf Antrag der Schöneberger Elektrizitätswerke hat der Magistrat einer Preisüberhöhung für Stromlieferung zu Zwecken der Hausflur- und Treppenbeleuchtung zugestimmt. An Stelle von 55 Pf. pro Kilowattstunde sollen jetzt nur 33 Pf. erhoben werden.

zwanzig Mieträume zu Bureauzwecken sucht der Schöneberger Magistrat, da das jetzige Rathaus zu klein ist.

Expropriationsrecht der Gemeinden. Die bayerische Regierung fordert von den Magistraten Gutachten über die Frage des Zwangs-Enteignungsrechts der Gemeinden ein. In der Stadt-Enteignungskommission, in der die Angelegenheit behandelt wurde, erklärte man sich mit den bisherigen Bestimmungen einverstanden. Jedoch einigte man sich dahin, daß die Gemeinden überall ein Enteignungsrecht bekommen sollen, wo es sich darum handle, gemeindliche Interessen zu fördern. Es würde diese Erweiterung zur Folge haben, daß Gemeinden nicht nur Häuser, sondern ganze Komplexe zu expropriieren berechtigt sind. Der Magistrat nahm die Vorschläge einstimmig an.

Soweit hygienische Rücksichten in Frage kommen, ist ein solches erweitertes Enteignungsrecht im Königreich Sachsen jetzt eingeführt worden.

Die Zigaretten-Industrie in Ägypten. Die Sudanregierung, welche für den Sudan die Tabakkultur nördlich von Chartum gänzlich verboten hat und für das südlich davon gelegene Gebiet nur mit ausdrücklicher behördlicher Genehmigung gestattet, aber auch nur auf benachbarten Ländereien, wo bereits früher Tabak regelmäßig gebaut worden war, ist mit diesem Verbot dem Beispiel der ägyptischen Regierung gefolgt, welche bereits durch Decret vom 25. Juni 1890 unter gleichzeitiger Erhöhung des bereits vorhandenen Einfuhrzolls das Anpflanzen von Tabakbäumen gänzlich untersagt hat.

Es ist von Interesse, zu verfolgen, wie sich die Zigaretten-Industrie Ägyptens in den letzten Jahren entwickelt hat, und es sind große Zahlen, mit denen hier gerechnet wird. Während noch im Jahre 1894 Tabakblätter im Gewicht von nur 4543 803 Kilogramm eingeführt wurden, belief sich die Einfuhr im Jahre 1897 auf 5 103 491 Kilogramm, im Jahre 1898 auf 5 250 832 Kilogramm und im Jahre 1899 auf 5 196 192 Kilogramm.

Im Jahre 1894 wurden nicht mehr als 158 492 000 Stück in Ägypten fertige Zigaretten in das Ausland ausgeführt, dagegen 1897 210 409 230 Stück, 1898 246 928 374 Stück und 1899 294 905 089 Stück.

Der Tabak wird in seiner Hauptmasse mit ca. 4 Millionen Kilogramm aus der Türkei bezogen, sodann ist Griechenland mit ca. 1 Million Kilogramm Tabak, der seiner schönen Farbe wegen zum Teil zu Mischungen gebraucht wird, beteiligt. Von anderen Ländern kommt nur noch Bosnien mit circa 150 000 Kilogramm in Betracht.

Hauptabgabegbiet für die ägyptischen Zigaretten ist Deutschland, und zwar betrug die Ausfuhr dorthin im Jahre 1896 91 467 Kilogramm, 1897 107 793 Kilogramm, 1898 128 908 Kilogramm und 1899 168 434 Kilogramm.

Mit diesen Zahlen läßt Deutschland die andern Länder weit hinter sich; England z. B., das an zweiter Stelle bei der Ausfuhr beteiligt ist, hat im letzten Jahre nur 92 698 Kilogramm Zigaretten bezogen.

Arbeitslosigkeit. Bei der allgemeinen Arbeitsvermittlungsanstalt in Budapest sind 6820 Arbeitslose vorgemerkt, für die nur 868 Arbeitsplätze offen waren.

Soziale Rechtspflege.

Ein Angestellter der Staatsbuch-Gesellschaft namens Rindbrunner hatte dem ihm unterstellten Ladierer S. wöchentlich 5 M. vom Lohn zurückbehalten, indem er sich auf einen Vorgesetzten berief. Dieser sollte ihn berechtigt haben, die Abzüge für vorgehaltene Schulden zu machen. Gelegentlich eines Urlaubs des Rindbrunner stellte sich heraus, daß S. eine Vollmacht dazu durchaus nicht erhalten habe. S. verklagte nunmehr Rindbrunner beim Gewerbegericht auf Veranschlagung der abgezogenen Lohnbeträge. Jener Vorgesetzte, Rittmeister a. D. v. Veier-Ehrenberg, befandete als Zeuge, daß er dem Beklagten nicht anheimgestellt habe, die fragliche Abzüge zu machen. Die Kammer V wies die Klage wegen Unzuständigkeit des Gewerbegerichts ab, weil es sich hier nicht um einen Anspruch aus dem gewerblichen Arbeitsverhältnis handle, sondern um einen andern Rechtsanspruch aus unerlaubten Handlungen, unrechtmäßiger Verzögerung oder dergleichen. Von einer Forderung aus dem Arbeitsverhältnis könne nicht gesprochen werden, da der Beklagte nur ein Angestellter der Arbeitgeberin, der Staatsbuch-Gesellschaft, gewesen sei und von ihr oder einem ihrer gesetzlichen Vertreter zu der den Kläger schädigenden Handlungsweise keine Vollmacht hatte.

Versammlungen.

Der erste Wahlverein hielt am Mittwoch im Hansa-Quartier, und zwar Brücken-Allee 18 eine Versammlung ab, die aber nur schwach besucht war. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Agler. Der Vortragende gab eine interessante Uebersicht über die Verhandlungen des Reichstags während der letzten vierzehn Tage. Hieran schloß sich eine längere Besprechung, in der die Haltung der Mehrheitsparteien und der Regierung kritisiert wurde. Unter anderem bemerkte Genosse Woldt unter Hinweis auf die Wahl des Reichstagspräsidenten: Wir brauchen uns doch nicht daran stoßen, daß das Präsidium zu Hofe gehen müsse. Wir hätten ja so nette Leute unter unsren Abgeordneten, die sehr wohl zu Hofe gehen könnten. Man würde dann auch oben eine andre Meinung von den Sozialdemokraten bekommen, denn jetzt stelle man sich einen Sozialdemokraten vor als einen Kerl mit der Schnopsflasche in der Tasche. (Gelächter.) Hierauf erwiderte Agler, er stehe bis zu einem gewissen Grade auf dem Standpunkt, den der Kartdrucker „Vollkreis“ eingenommen hat: Wenn die Stärke unserer Partei uns Anspruch auf einen Sitz im Präsidium giebt, dann sollten wir wegen der Formalität der Vorstufung bei Hofe nicht auf unser Recht verzichten. Doppel betonte dagegen, daß er den von Singer im Seniorenkongress vertretenen Standpunkt für den richtigen halte.

Die Agitationskommission der Droschkentischer Verein und der Jugend hatte vor kurzem eine öffentliche Versammlung nach Schneiders-Gesellschaftshaus, Vorfertstr. 15, berufen behufs Stellungnahme zu den Forderungen: 1. die Beschaffung eines entsprechenden Raums auf den Fährhöfen zur Unterbringung der Sachen der Antiker und 2. Vergütung an die Antiker beim Vorstellen der Fährwerke vor dem Kommissariat. In einem einleitenden Vortrag erläuterte der Vorsitzende des Vereins Berliner Droschkentischer, Antiker, die Bedeutung der Personen-Lohnfuhrwerks-Zumung für die Antiquarier und gelangte zu dem Schluß, daß nur der Gehilfenauschuss einigen Wert für die Antiquarier habe. Bezüglich der oben angeführten Forderungen sagte die Versammlung den Beschluß, dieselben dem Gehilfenauschuss mit der Maßgabe zu überweisen, dieselben dem Jugendvorstand zu unterbreiten und dieselben nachdrücklich zu vertreten.

Der Verein der Tischler Berlin und Umgegend (Vertrauensmänner-Centralisation) hielt am 4. Dezember Versammlung ab. Zur Verlesung kamen diejenigen Mitglieder, welche länger als sechs Wochen mit ihren Beiträgen rezidieren, und werden die Vertrauensmänner erucht, die betreffenden Kollegen an ihre Verpflichtungen zu erinnern. Die arbeitslosen Kollegen werden erucht, ihr Mitgliedsbuch zur Abstempelung Sonnabends auf den Jährestellen niederzulegen. Nachdem noch verschiedene Werkstatt-Angelegenheiten besprochen, folgte Schluß der Versammlung.

Der Verband deutscher Mühlenarbeiter hielt am 2. Dezember eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab, in welcher nach einem Vortrag von Oswald die Anträge zum Verbandsstatut diskutiert wurden. Es wurden eine Reihe Statutenänderungen besprochen, die dem Verbandstag unterbreitet werden sollen.

Nizdorf. „Die Umgestaltung der Wahl- und Bildungsvereine zur Centralisation“ lautete die Tagesordnung der Versammlung des sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts“ zu Nizdorf am Dienstag. Das einleitende Referat hatte Hoppe übernommen. Derselbe schilderte, wie durch Aufhebung des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes im vorigen Jahre obige Frage auf der Kreis-Konferenz unfres Kreises zuerst angeregt, und eine 13 gliedrige Kommission mit der Ausarbeitung eines Entwurfs zu einem Statut für einen Central-Wahlverein für den Kreis Teltow-Beetzow usw. betraut wurde. Als Mitglied dieser Kommission unterbreitete Hoppe nun der Versammlung einen 20 Paragraphen umfassenden Entwurf, welchen er nach eingehender Erläuterung den Genossen zur Annahme empfahl. In der darauffolgenden Diskussion bemängelte Regener, Nambow und Schadebach eine Bestimmung des Entwurfs, nach welcher es den Mitgliedern zur Pflicht gemacht wird, sich ihren Gewerkschaften anzuschließen. Nachdem Hoppe, Blieschau, Pause, Wittich, Heimung u. a. die Kommissionstiftung verteidigt wurde ein Antrag, nach welchem nur gewerkschaftlich organisierte Mitglieder zu Vorstandsposten wählbar sein sollen, mit geringer Mehrheit angenommen. Die Genossen Ostermann und Schadebach beantragten, nach folgenden Fassung ins Statut aufzunehmen: „Auf Antrag von 1/3 der Lokalvereine ist der Centralvorstand verpflichtet, eine außerordentliche Generalversammlung des Vereins einzuberufen“, was auch nachdem Preßer dagegen gesprochen hatte, angenommen wurde. Als Grund zum Ausschluß aus dem Verein soll noch, nach

dem Antrag Regener, die Nichtbeteiligung an event. stattfindenden Stadterordneten, Reichstags- oder andern Wahlen gelten. Der so veränderte Entwurf fand alsdann einstimmige Annahme und wurden die Delegierten zur Kreis-Konferenz am 9. d. M. beauftragt, in diesem Sinne ihre Mandate auszuüben.

Ablerhof. Am 2. Dezember tagte hier in Schmausers Saal eine gut besuchte Volksversammlung, in welcher Baldec-Ranoffe einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über Kirkentum und Christentum hielt. Unter Verschiedenem sprachen mehrere Redner gegen das Verhalten der Leitung der hiesigen Drahtfabrik vormals Vogel. In diesem Betriebe war ein junger Mann, der in der Fabrik schwer verunglückt war, mehrere Stunden liegen gelassen worden, ehe der Krankenwagen requiriert wurde. In einer Resolution sprach die Versammlung die Erwartung aus, daß die Gemeindevorstellung die 2000 M., welche zur Anschaffung des Platzes vor der Kirche gefordert werden, ablehne, und dafür die Anschaffung eines Krankenwagens und die Anstellung eines Schularztes fordere.

Weißensee. Am 3. d. M. hielt der Socialdemokratische Arbeiterverein seine öffentliche Vereinsversammlung im „Prälato“ ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung forderte der Lieberwächende die anwesenden Frauen auf, den Saal zu verlassen. Genosse Adolf Hoffmann sprach über das Thema: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“. Redner wurde oftmals von großem Beifall unterbrochen. Unter Verschiedenem teilte der Vorsitzende mit, daß am 10. d. M. eine öffentliche Volksversammlung bei Rettig, Berlinerstraße, stattfindet, zu der auch Frauen Zutritt haben.

Schmargendorf. In der öffentlichen Parteiversammlung am 4. d. Mts. referierte Genosse Körtjen-Schöneberg. Das Thema lautete: „Rückblick auf das 19. Jahrhundert“. Nach dem Vortrag, welcher mit dem größten Interesse entgegengenommen war, wurden Gutbier, Papp und Seeger zu Delegierten zur Kreis-Konferenz gewählt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 9. Dezember, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der 89. Gemeindegemeinde, keine Fremdsprache: 6. Versammlung. „Freireligiöse Versammlung“. — Um 10 1/2 Uhr vormittags ebendortselbst: Vortrag des Herrn Wilhelm Böllke: „Die Freiheit der Lehre“. Gede, Damen und Herren, sehr willkommen. — Montag, den 10. cr., abends 8 1/2 Uhr pünktlich, im unteren Saale des Englischen Gartens, Alexanderstr. 27a. Beschließende Versammlung. Welche Quittung legitimiert.

China.

Amerika rückt völlig ab.

Alle amerikanischen Truppen, mit Ausnahme der Wache für die Gesandtschaft, haben nach einer Washingtoner „Reuter“-Meldung vom Donnerstag, China jetzt verlassen und sich nach den Philippinen begeben.

Dagegen hat Rußland Ordre gegeben, daß einstufteligen 5000 Mann, denen bereits der Befehl zur Rückreise gegeben war, einstufteligen in Ostasien bleiben sollen. Vermutlich will Rußland England und Deutschland ein wenig auf die Finger sehen.

Ueber Plünderungen

Jeitens der Truppen der Mächte zwischen Taku und Tientsin berichtet der „Frankf. Zig.“ zufolge der aus Taku in Australien eingetroffene Führer eines englischen Dampfers, der einen Gerdetransport für die deutschen Truppen nach Ostasien geleitet hat. Man habe einen Säbel, der unter andern Umständen nicht für 5000 M. käuflich gewesen wäre, schon für eine Flasche Whisky und 25 Farbs des schönsten Seidenstoffs für eine halbe Flasche Sodawasser erlösen können. Auch Diamanten habe man von den Truppen für einen Spottpreis erhandeln können. Ueberhaupt sei alles, was nur irgend Wert besessen, „kommandiert“ und hinterdrein zu geradezu lächerlichen Preisen losgeschlagen worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus dem englischen Unterhaus.

London, 7. Dezember. (B. L. W.) In Fortsetzung der Abrededeatte bringt Emmott einen von Trevelyan unterstützten Zusatzantrag ein, der ausspricht, er werde zur Pacificierung der eroberten Gebiete beitragen und zu künftigen guten Beziehungen unter den europäischen Stämmen in Südafrika, wenn sobald als es irgend möglich sei, Maßregeln angeknüpft würden zur Sicherung von Freiheit und Eigentum der jetzt noch unter den Waffen befindlichen Personen, welche sich ergeben werden, ferner zur Regelung der Verhältnisse dieser Gebiete sowie zur Förderung der Verbesserung und der Wohlfahrt der Einwohner derselben.

London, 7. Dezember. (B. L. W.) Chamberlain führt aus, das erste Ziel der Regierung sei, den Kleinkrieg in Südafrika zum Ende zu bringen. Uebergehend auf die Frage der Niederbrechung der Farmen sagt Chamberlain, sowohl die Regierung als auch die englischen Generale seien darin einig, daß diese Westrafsungsart so sparsam als möglich angewendet sei und bedauerten, daß Anlaß zu ihrer Anwendung vorhanden sei. Es sei Hoffnung vorhanden, daß binnen kurzem jedenfalls aber vor der nächsten Parlamentstagung eine gewisse Civilverwaltung in Transvaal und im Orange-Freistaat eingerichtet sei. Sir Alfred Milner werde zum Gouverneur beider Kolonien bestimmt werden unter Vorbehaltung seines Amtes als Oberkommissar. Ein Mitglied der Liberalen unterbricht den Minister mit dem Juris: „Dann werden Sie Südafrika verlieren!“ Chamberlain fährt fort: die Regierung plane einen stellvertretenden Gouverneur für die Orange-Kolonie zu ernennen. Beide, der Gouverneur und der stellvertretende Gouverneur, sollen durch einen Exekutivrat unterstützt werden. Indessen sei nicht geplant, daß die Verfassung der beiden Kolonien notwendigerweise dieselbe sein müsse. Die Regierung lege den größten Wert auf die schnelle Schaffung von Gemeindevorstellungen in Pretoria, Bloemfontein, Johannesburg und in andern Orten. Diese Gemeindevorstellungen würden alle Befugnisse erhalten, welche solchen Körperschaften gewöhnlich übertragen seien.

Chamberlain schließt, unter diesen Umständen könne die Regierung versprechen, daß in ganz Südafrika das gleiche Recht und die gleiche Freiheit herrschen werde, allerdings keine tatsächliche politische Unabhängigkeit, aber eine Freiheit und eine Verfassung, welche schließlich zu der Selbstregierung führen werde, welche England daselbst eingeführt zu sehen wünscht. In Bezug auf den Vorschlag, daß die Regierung diese Absicht unter den Voeten verbreiten solle, sagt Chamberlain, dies sei bereits geschehen und man habe sich auch bereits mit Milner in Verbindung gesetzt wegen der Form einer Proklamation, die in englischer und holländischer Sprache und in Transvaalidialekt veröffentlicht werden soll. Nichts werde von englischer Seite verabreimt werden. England hege keine Rachegefühle gegen die Männer, welche gegen dasselbe in Waffen gewesen, es bellage sich nicht über die Art, in welcher sie den Krieg geführt hätten. Sie seien tapfere Feinde und würden als solche behandelt werden. (Beifall.)

Wien, 7. Dezember. (B. L. W.) Das Steigen des Rheins und seiner Nebenflüsse dauert an. Hier ist der Rhein seit heute vormittag 11 Uhr bis abends 7 Uhr um 60 Centimeter, also auf 2,88 Meter gestiegen. Die Mosel stieg bei Trier seit vormittag weiter um 0,23 Meter, also auf 3,70 Meter, und ist jetzt über die Ufer getreten.

Washington, 7. Dezember. (B. L. W.) Die dem Repräsentantenhaus zugegangene Vorlage, betreffend die Heeresorganisation, enthält die Bestimmung, daß der Präsident die Zahl der eingestellten Mannschaften nach seinem Befinden zwischen der Mindestzahl von 58 924 und der Höchstzahl von 96 768 anwachsen oder abnehmen lassen kann.

Reichstag.

15. Sitzung, Freitag, den 7. Dezember 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Herr v. Tzielenmann.

Zunächst werden einige Rechnungssachen debattiert. Es folgt die erste Beratung des Gesetzes betreffend die Ausübung der freiwilligen Gerichtsbarkeit und die Leitung von Rechtshilfe im Heere.

Abg. Gruber (C.): Die in diesem Gesetz behandelten Fragen seien technisch-juristischer Natur und eignen sich nicht zur Erörterung im Plenum. Es wird sich aber doch empfehlen, den Entwurf einer Kommission von 14 Mitgliedern zur Prüfung zu überweisen, und ich stelle daher einen dahingehenden Antrag.

Die Abg. Hoffmann-Dillenburg (natl.) und Lenzmann (fr. Sp.) schließen sich diesem Antrag an.

Der Entwurf wird darauf einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Sodann wird die Besprechung der Kohleninterpellation fortgesetzt.

Abg. Dr. Bödel (wilt. Ant.):

Für mich ist der springende Punkt bei der Sache der folgende: Solange wir die Schätze des Grund und Bodens dem Großkapital überlassen, ohne irgend welche Kontrolle zu haben, wie das heute mit der Ausbeute dieser unerschöpflichen und unerforschlichen Schätze wirtschaftet, so lange werden wir vorübergehende Kohlentenerungen nicht verhindern können. Ich lege den Hauptwert nicht auf die hohen Preise, sondern auf den Kohlenmangel. Es herrscht eine förmliche Angst in der Bevölkerung, daß die Kohlenzufuhr überhaupt ausbleiben könnte. Den vorgeschlagenen Mitteln zur Abhilfe des Kohlenmangels stehe ich zum Teil sympathisch gegenüber. So zum Beispiel wäre ein Kohlenausfuhr-Verbot durchaus angebracht. Ganz verständlich ist es mir, daß selbst statistische Erhebungen ins Ausland verlaufen. Auch von der Notwendigkeit der billigen Exportzölle kann ich mich nicht überzeugen. Was die Großhändler anlangt, so sehe ich wirklich nicht ein, weshalb Herr Götz Wolheim während der Kohlentenerungen nicht weniger als sechs Millionen verdienen mußte. Kann denn der Fiskus nicht ohne Herrn Wolheim auskommen und bei dem Verkauf selbst verdienen? Eine Ausbeutung der Notlage liegt auch von Seiten des Kohlenhändlers vor, denn das selbe hat unabweislich die Förderung beschränkt. Als ultima ratio nun sonst nichts mehr hilft, würde uns noch die Verstaatlichung der Gruben übrig bleiben.

Abg. Müller-Fulda (C.) (auf der Tribüne sehr schwer verständlich):

Der Herr Abg. Sachse hat gestern erwähnt, daß in dem Blatte des Herrn Dasbach den Arbeitern der Vorwurf der Faulheit gemacht sei. Ich glaube nicht, daß es angebracht war, Herrn Dasbach dafür verantwortlich zu machen angefaßt der Thatsache, daß er sich während seiner langen parlamentarischen Wirksamkeit der Bergarbeiter stets in hervorragendem Maße angenommen hat. Wenn weiter Herr Sachse den katholischen Kaplänen vorgeworfen hat, sie seien bestrebt, die Bergarbeiter zu verzeihen, so muß ich das entschieden bestreiten. Ich bin selbst Mitglied einer christlichen Gewerkschaft und kann konstatieren, daß dieselben eifrig bestrebt sind, eine Einigung oder christlich gefühlten Bergarbeiter herbeizuführen. Ich habe mich gefreut, daß von Seiten der Herren Minister sogar ein Kohlennotstand und wucherische Preisbildung zugelassen sind. Für so weitgehende Forderungen, wie für die Verstaatlichung, kann ich nicht eintreten; auch von einer staatlichen Verstaatlichung des Syndikats erwarte ich sehr wenig. Am meisten könnte jedenfalls erreicht werden durch Ausnützung des Rechts, das der preussischen Regierung durch den § 65 des preussischen Berggesetzes gegeben ist, nämlich die Gruben zur Ausdehnung der Förderung anzuhalten. (Beifall im Centrum.)

Staatssekretär Graf Vosadowitz:

Herr Richter hat den Wunsch ausgesprochen, daß eine amtliche Statistik über die Bewegungen des Kohlenmarktes herausgegeben werden müge, so wie das jetzt schon in Bezug auf Spiritus und Zucker geschieht. Ein gewisser Unterschied besteht ja insofern, als Spiritus und Zucker Gegenstand indirekter Besteuerung sind. Aber ich will den Wunsch des Herrn Abg. Richter in soweit anerkennen und ihm nachzukommen versuchen, daß ich versuchen will, in den Nachrichten für Handel und Industrie in Zukunft monatlich eine eingehende Statistik nicht nur über die Bewegung des inländischen Kohlenmarktes für ganz Deutschland zu geben, sondern auch über die Preise an den Hauptmarkorten für Kohlen und über die Kohlenproduktion im Ausland und besonders über die Ein- und Ausfuhr vom Ausland nach Deutschland und von Deutschland nach dem Inland.

Auch auf eine Frage möchte ich noch eingehen, nämlich auf die Frage, welche Rolle die Syndikate in der Kohlennot spielen. Der preussische Handelsminister hat schon im Februar des Jahres eine Erklärung abgegeben, daß die beteiligten Ressorts bereits zusammengestellt seien, um in kommissarischen Beratungen zu erwägen, in welcher Weise eine zuverlässige Grundlage geschaffen werden könne, um genau zu erfahren, welche Syndikate sich gebildet haben, in welchen Bezirken, welchen Zweck sie verfolgen und wie ihre Geschäftsführung sei. Das Reich hat es übernommen, das Material, welches wir bereits über die Syndikate, Preis-konventionen, Kartelle usw. besitzen, übersichtlich zusammenzustellen und namentlich Fragebogen auszuwerten, welche den weiteren Untersuchungen zu Grunde gelegt werden sollen über die Wirksamkeit und den Umfang der Kartelle im Deutschen Reich. Diese Arbeiten werden im Reichsamt des Innern in nächster Zeit beendet sein und die Ressorts werden dann von neuem zusammengetreten, um zu beraten, ob Ergänzungen nötig sind, namentlich in der Richtung, wie die Kartelle wirken auf die Preisgestaltung und den Wettbewerb in Bezug auf den Export und über die Frage der Wirksamkeit der sogenannten internationalen Kartelle.

Es wird sich also darum handeln, zunächst ein klares Bild über die wirtschaftliche Wirksamkeit der Kartelle zu gewinnen. Eine ganz andre Frage ist es, ob man dann auf Grund der gewonnenen Erfahrungen geeignete Maßnahmen hinsichtlich der Syndikate treffen soll. Man hat das schon versucht, aber man ist entweder ganz wieder davon zurückgetreten oder der Erfolg ist nur sehr gering gewesen. Im allgemeinen wird man mit der Vornahme solcher Einrichtungen außerordentlich vorsichtig sein müssen, um nicht schädliche Wirkungen hervorzurufen.

Handelsminister Brafeld

wendet sich hauptsächlich gegen die Ausführungen des Abg. Müller. Herr Müller beklagt sich darüber, daß Private, die Kohlen unter Vergünstigungen erhalten hätten, diese nicht weiter verkaufen dürften. Das ist doch ganz natürlich. Denn wenn wir eine große Verteilung vornehmen wollen, dann können wir doch die Konventionen keinen Handel treiben lassen. Wenn sie das thun, dann werden sie zu Händlern. Ein weiterer Vorwurf ist der: Wir hätten die Kohlenbestellungen Privater abgelehnt, und das sage im Widerspruch zu meiner Erklärung. Die Erklärung bezieht sich aber auf nächstes Jahr und nicht auf das vergangene. Herr Müller hat sich dann weiter darüber beschwert, daß die Gruben ihren Lieferungsbedingungen die Streiklausel eingefügt haben, das heißt, daß sie die verpflichteten Lieferungen nicht leisten, wenn ein Streik der Bergarbeiter ausbricht. Ich bin gern geneigt, den Fabrikanten das selbe Recht wie den Händlern einzuräumen. Ich meine, daß auch sie von der Abnahme bestellter Kohlen zu entbinden sind, wenn in ihrem Betriebe ein Streik ausbricht. Ich betrachte den Streik unter allen Umständen als force majeure (höhere Gewalt). (Hört, hört! bei den Soc.) Es würde auch gefast, die Verwaltung des Kohlenhändlers sei besser als die des Staats, indem das Syndikat

ein Verkaufsbureau in Düsseldorf errichtet habe. Es verkauft aber erwiesenermaßen seine Kohlen mehr durch Handelsgesellschaften. Aber der Staat hat auch ein Bureau in Saarbrücken. Ich glaube, die Einrichtungen, die wir getroffen haben, sind denjenigen des Syndikats gleichwertig.

Außerdem ist gesagt worden von Herrn Müller, wir hätten den § 65 nicht in Anwendung gebracht, wir hätten die Grubenbesitzer nicht zu weiterem Abbau gezwungen. Die Grubenbesitzer haben sich ja gar nicht geweigert. Hätten sie das getan, dann wären wir eingeschritten.

Nun noch eins. Die deutsche „Agrarkorrespondenz“ hat Angriffe beispiellos Art gegen mich gerichtet. Sie schreibt über die erste Debatte betreffend die Kohlennot: „Sie hat bewiesen, daß es einen Staatsminister giebt, der entweder selbst nicht orientiert ist, oder, wenn er orientiert ist, die Sache unrichtig darstellt. Und weiter: die Ausführung des Herrn Ministers, der Hauptgrund für die Kohlennot bestehe in einem erheblichen Herabgehen der Einfuhr aus Böhmen und England, ist eine schlichte unbegriffliche Unwahrheit.“ Die „Agrarkorrespondenz“ begründet diese Behauptung damit, daß sie an Zahlen nachweist, daß sowohl die böhmische Kohleneinfuhr von 1887 bis 1900 als auch die englische je um ungefähr 5 Millionen gestiegen sind. Das habe ich auch gar nicht bestritten, sondern ich habe nachgewiesen, daß sowohl die böhmische wie die englische Kohleneinfuhr von August vorigen Jahres bis zum Februar dieses Jahres erheblich zurückgegangen ist. An englischer Kohle führten wir z. B. im Februar 1900 weniger als die Hälfte von dem ein, was wir im August 1899 einfuhrten. Ähnlich verhält es sich mit Böhmen. Seit dem August 1899 ist die Einfuhr jeden Monat um ein beträchtliches gesunken. Ich glaube also, der Vorwurf, der mir gemacht worden ist, ist durchaus ungerechtfertigt. Daß die englische Einfuhr abgenommen habe, habe ich nicht behauptet; im Gegenteil, sie hat zugenommen gegen frühere Jahre. Ich muß also den Vorwurf der Unwahrheit als vollständig unbegründet und unbegrifflich zurückweisen.

Abg. Dr. Hoffke-Kaiserlautern (W. d. L.):

Wir müssen dem Centrum dankbar sein, daß es eine so das Volkleben berührende Frage hier zur Erörterung gebracht hat. Die Herren Minister hätten sich doch etwas früher um die Kohlennot kümmern müssen, denn sie bestand schon im vergangenen Jahre. Damals aber stellten es die Minister so hin, daß als wenn die Zenerung nur eine ganz vorübergehende sein werde. In der Landwirtschaft ist die Kohlennot auch außerordentlich fühlbar gewesen, denn die Industrie ist bei der Lieferung bevorzugt worden. Aber die Kohle ist das Brot der gewerblichen Arbeit auch in der Landwirtschaft. Man hat die Schuld von den Grubenbesitzern auf die Händler abgewiesen. Aber sind denn etwa die Grubenbesitzer so ohne allen Einfluß auf die Händler? Gegenüber den letzten Ausführungen des Herrn Handelsministers muß ich doch auf die Reichshandelskammer verweisen, die ergibt, daß die englische Kohleneinfuhr vom Januar bis jetzt Monat für Monat gestiegen ist. Herr v. Tzielen hat bestritten, daß deutsche Kohle in der Schweiz billiger sei als bei uns. Es steht aber doch fest, daß sogar deutsche Kohle aus der Schweiz wieder nach Deutschland mit Profit zurückgeführt ist. (Hört! hört! rechts.) Die deutsche Kohle muß im Inland bleiben, denn brauchen wir auch keinen Austausch mit dem Auslande. Aber bei uns herrscht leider eine Hypertrophie des Exporthandels, die verursacht ist durch die Handelsverträge. Die feststehenden Gruben müssen sich unbedingt von dem Großhandel frei machen. Heute sind durch die Genossenschaften die Formen gegeben, in welchen der Fiskus mit dem Publikum in Verbindung tritt. — Die Intersicht der Minister, daß die Zenerung bald vorübergeht, teile ich nicht. Denn das Kohlenhändlertum wird weiter preis-treibend wirken.

Die Hauptsache für uns ist, daß auch in dieser Frage nicht so viel Rücksicht auf das Ausland genommen wird. Hat doch diese Rücksicht auf einen befreundeten Staat erst vor kurzem verhandelt, daß das Staatsoberhaupt eines stammverwandten Landes vor den Thüren Deutschlands umkehren mußte. Der Herr Reichskanzler hat es leider auch in diesem Falle nicht verstanden, den Kaiser über die wahren Empfindungen und Auffassungen des deutschen Volks richtig zu orientieren. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Regierungsvertreter v. Turmon

tritt der Behauptung entgegen, daß durch die Kohlentarife irgendwo das Ausland gegenüber dem Inland begünstigt werde.

Staatssekretär Graf Vosadowitz:

Der Herr Abg. Hoffke hat seine Rede mit einer Absichtseinschränkung auf das Gebiet der äußeren Politik geschlossen. Ich bedaure, daß er mir nicht vorher eine Andeutung von dieser Absicht hat zugeben lassen, dann hätte ich den Herrn Reichskanzler bitten lassen, in dieser schwierigen Frage selbst zu erscheinen und Antwort zu geben. Ich bin der Ansicht, daß die glühend heißen Fragen der äußeren Politik auch formal etwas anders zu behandeln sind, wie die Fragen der inneren Politik. (Sehr richtig! im Centrum und bei den Nationalliberalen.) Für einen unverantwortlichen Reichstags-Abgeordneten ist es ziemlich leicht, einer gewissen populären Stimmung Ausdruck zu geben. Aber ein Mann, der an einer so verantwortlichen Stelle steht, wie der Kanzler des Deutschen Reichs, der die Verantwortung trägt für den Frieden, ja unter Umständen der ganzen Welt, für den dürfen populäre und sentimentale Rücksichten unter keinen Umständen ausschlaggebend sein. Für ihn giebt es nur einen Kurs: die Ruhe und Sicherheit, die Wohlfahrt und das Interesse des eignen Vaterlands! (Lebhaftes Bravo d. Centrum, Nationalliberalen und links.)

Abg. Herr v. Seyl zu Bernshelm (natl.):

Man hat bisher immer den Eindruck gehabt, daß die Verwaltung des Saargebietes in sozialpolitischer Hinsicht eine bessere ist, als die des dem Syndikats gehörigen Ruhrgebietes. Gerade im Ruhrgebiet sind die Kohlenpreise, soweit sie den Brand des kleinen Mannes betreffen, in den letzten zehn Jahren besonders hoch gestiegen und die Syndikate bemühen sich diese Preise aufrecht zu erhalten. Die Kohlenhändler haben aber auch den Export ausgedehnt, während das Saarrevier ihn einschränkte. Die Kohlenhändler sind ferner für die Preise der Kohlenhändler verantwortlich zu machen. Die Kohle sowohl wie das Petroleum tragen monopolisierbaren Charakter, sie müssen deshalb einer staatlichen Aufsicht unterstellt werden. Ihr Verkauf muß durch Gesetz geregelt werden. Es ist behauptet worden, daß der Export in den ersten neun Monaten des Jahres, deren statistische Angaben jetzt erst vorliegen, zurückgegangen sei. Das ist nicht richtig. In den ersten drei Monaten vielmehr ist der Export ein ungewöhnlich hoher gewesen, und erst nachher hat er nachgelassen. Die Folge war, daß eine Menge Arbeiter dadurch überflüssig wurden. Wenn die Löhne sich trotzdem im Ruhrgebiet erhöht haben, so ist das ein Verdienst der Händlern und nicht des Syndikats. Uebrigens haben die Löhne auch hier die Grenze nicht überschritten, die schon seit vielen Jahren vorhanden ist. Aber an der Saar und in Oberschlesien sind die Löhne leider noch rückständig. Hoffentlich werden die betreffenden Verwaltungen dieses Versäumnis bald nachholen. Die Hauptsache für die Arbeiter aber ist nicht ein höherer Lohn, sondern die Frage der Arbeitszeit. Ich sehe nicht an, obgleich ich sonst nicht für den achtstündigen bin, hier für einen achtstündigen Normal- Arbeitstag einzutreten. Warum sollen wir das nicht offen aussprechen dürfen. Die Kartelle widerprechen in ihrer Entwicklung durchaus den Voraussetzungen von Marx. Gerade durch sie werden die Mittelbetriebe erhalten. Also die Konzentrationstheorie hat sich ebenso wenig wie die Kreislauftheorie von Marx bewährt. Aber man muß unterscheiden zwischen volkswirtschaftlich gesunden Kartellen und denen, die mono-

politischen Charakter annehmen. Bei den letzteren ist Reichsaufsicht dringend notwendig. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Lenzmann (frei. Sp.):

Die Debatte hat erfreulicherweise auf allen Seiten des Hauses Verständnis für die Frage der Kohlentenerungen erwiesen, auf der Ministerbau herrsche leider nicht das gleiche Verständnis. Man hat viele einzelne Gründe für die Kohlennot angeführt. Alle diese Gründe: Streiks der Arbeiter, verkehrte Tarifpolitik, Aufschiebung der Industrie haben aber nicht für sich gewirkt, sondern haben in ihrer Gesamtheit die Kohlentenerungen verschuldet. Was die Abhilfemittel anlangt, so können wir uns mit der Verstaatlichung nicht einverstanden erklären. Wir wollen die Schär der Staatsflaven nicht noch vermehren und die heutigen Verhältnisse in den fiskalischen Gruben können für den Gedanken der Verstaatlichung nicht geeigneter machen. Es ist dem Staat der Rat gegeben worden, selbst neue Gruben zu bauen und geradezu auf die Einfuhr nach dem Auslande angewiesen. — Auch auf den Arbeitermangel ist hingewiesen. Man vergißt nur dabei, daß die Schuld an dem Arbeitermangel vor allem in unserem outierten Militarismus liegt; statt aber hier Hilfe zu schaffen, verlangt man Zulassung galizischer Arbeiter. Nun ist gesagt worden, die Ursache der Kohlennot liege bei den Syndikaten. Ich habe keine große Liebhaberei für die Syndikate, obgleich ich zugeben muß, daß das Kohlenhändlertum in gewissem Sinne wohltätig gewirkt hat; denn eine Steilheit der Preise ist in der That eingetreten, daß diese stetige Linie eine aufsteigende ist, finde ich nicht so traurig, denn unsere gesamte Industrie befindet sich in einer aufwärts steigenden Bewegung. Ein Kohlenhändlertum hat aber doch seine Macht gemißbraucht, um die von ihm abhängigen Leute zu schädigen. Es ist gesagt worden, man solle ihnen Einkaufsgesellschaften entgegenstellen. Aber was hilft das Bildung von Genossenschaften, wenn das Syndikat sich weigert, an derartige Genossenschaften Kohlen abzugeben, wie das thatsächlich geschehen ist. (Hört! hört! links.) Ob die Gesetzgebung einschreiten kann, ist mir zweifelhaft. Jedenfalls weiß ich mit dem Antrag Herr! nichts zu machen. Er will „sachgemäße Reichsaufsicht“ für solche Kartelle, deren Geschäftsbereichen einen nachweislich monopolistischen Charakter annehmen.“ Jede dieser Summationen an die Regierung ist vollständig lausfängerisch. (Sehr richtig! links.) Soll die Reichsaufsicht vielleicht so geschehen wie die Reichsaufsicht bei den Aktiengesellschaften, dann ist sie für die Preisbestimmung ohne jede Bedeutung, oder sollen die Syndikate vielleicht mit einer Nachhausvorlage bedacht werden wie die Associationen der Arbeiter? Dann danke ich auch dafür; denn die Arbeiter haben das selbe Recht, sich zu vereinigen wie die Arbeiter. Sie bedürftlich scheint mir auch der Unterschied, den Herr v. Seyl zwischen Syndikaten notleidender und nicht notleidender Industrien macht. Auch die Kohlenbarone werden sich schon als unerkennbar hinstellen wie die Agrarier. Ihr (nach rechts) Junkerring und Ihr Spiritusring sind ebenso unverwundlich wie das Kohlenhändlertum. Sie unterscheiden sich nur dadurch vom dem letzteren, daß letzter der Staat sich dazu hergegeben hat, Ihre Syndikate durch Kontingenterung zu unterjügen. (Sehr richtig! links.)

Der schlimmste Sünderbund soll aber der Zwischenhandel sein. Es ist ja richtig, daß der Zwischenhändler die hohen Preise noch bedeutend erhöht. Aber das liegt daran, daß das Kohlenhändlertum einzelne Zwischenhändler über alle Höhen protegiert hat. Es hat ihnen ganz exorbitant große Quantitäten von Kohlen an die Hand gegeben. Einzelne Zwischenhändler sind durch den Verkauf dieser Mengen in wenigen Tagen geradezu Millionäre geworden. Dagegen ist wenig zu machen, am allerwenigsten aber in der Weise, wie sie Graf Kanitz vor schlägt, daß man den Zwischenhändlern die übermäßige Preise für ihre Kohlen verlangen, die Ausnahmetarife nimmt.

Ueber den sogenannten Bechenvertrag möchte ich noch einiges sagen. Das Syndikat will sich damit den Anschein geben, als ob es seinerseits dazu übergehen wolle, die Preise der Zwischenhändler zu kontrollieren. Das ist nur ein Schein-maßnahme, um die Industrie oder das Volk über die Allmacht des Syndikats hinweg zu täuschen. Den Kohlenhändlern soll eine Strafe auferlegt werden oder es sollen ihnen überhaupt keine Kohlen mehr geliefert werden, wenn sie zu viel Gewinn nehmen. Als Schiedsgericht über die Zulässigkeit der Strafe soll die Handelskammer in Essen fungieren. Wenn irgend ein Organ ungeeignet ist, als Schiedsgericht in derartigen Fragen zu fungieren, so ist es die Handelskammer in Essen. Es ist schon gestern darauf hingewiesen, daß die Handelskammer in Essen zusammengefasst ist aus durchaus interessierten Personen, aus den guten Freunden und Verwandten der Bechenvertrände und Großgrubenbesitzer. Es ist auch eine durchaus unbillige Einrichtung, daß ein Interessentenkreis für legitimiert betrachtet wird, geschlossene Verträge einfach aufzulösen. Die Handelskammer kann je nachdem sie den Händlern oder den Bechen wohl will, einfach die Strafe für unbedeutend erklären oder die Verträge auflösen. In ein Schiedsgericht müssen unparteiische Personen berufen werden. Will das Syndikat wirklich die Händler auf bestimmt limitierte Preise beschränken, so mögen die Verträge dahin geschlossen werden, daß nicht mehr als 10 bis 20 Proz. Advance genommen werden. Die Verhältnisse sind ja in den verschiedenen Gegenden verschieden und die Ankosten der Händler nicht überall dieselben, aber es wird sich doch eine Mittelgrenze finden lassen, bei der auch der Händler, der die meisten Ankosten hat, seine Rechnung findet.

Ich komme zum Schluß. Nach meinem Dafürhalten hat die Kohlennot dem Volke die Augen geöffnet über das Gebahren von Interessentenkreisen, das nicht mehr schön zu nennen ist. Mit Freude ist es zu begrüßen, daß von der Regierung versprochen worden ist, in Zukunft eine Statistik über den ganzen Kohlenhandel zu veranlassen und zu veröffentlichen und auch daß der Herr Staatssekretär des Reichsanths des Innern eine eingehende Enquete über die Syndikate angeordnet hat. Im übrigen, meine ich, soll die Gesetzgebung nicht so schnell einschreiten mit Maßregeln der Brutalität, mit Nachhausvorlagen gegen die Syndikate, sondern es den Konventionen überlassen, auf dem Wege der Selbsthilfe und der freien Association den Syndikaten zu zeigen, daß jenseits des Wassers auch noch Leute wohnen. Freie Entwicklung des Handels und der Arbeiterbewegung, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sind nach meinem Dafürhalten die Grundlagen der salus publica (Gemeinwohl), und wenn wir daran festhalten, so wird es auch auf diesem Gebiete bald besser werden. Polizeigesetze helfen da gar nichts.

Abg. Franken (natl.):

Ich kann mich kurz fassen, da schon der Herr Abg. Hilke das Verhalten der Syndikate genügend verteidigt hat. Kohlentenerungen und Kohlennot sind ja nichts Neues. Ich erinnere an die Zenerungen in den böiger Jahren, im Jahre 1873, wo der große Streik die Veranlassung gab und schließlich wieder 1892. Aber die Kohlennot, die wir jetzt erleben, ist doch von den früheren zu unterscheiden. Diesmal haben die Zwischenhändler schwer gestimmt, das Produkt ist ausgesetzt und dann gesperrt worden, bis man hohe Preise verlangen konnte; Redner geht sodann eingehend auf die Geschichte des Syndikats ein. Die Behauptung, daß das Kohlenhändlertum die Kohlenförderung zurückgehalten habe, ist hinfällig.

Abg. Dr. Stephan (C.):

Ich muß einiges richtig stellen, was in Bezug auf die ober-schlesische Kohlenindustrie geäuert ist. Der Herr Sachse hat das ober-schlesische Gebiet als eine Domäne des Centrum hingestellt. Das ist nicht zutreffend. Der größte Teil der Gruben befindet sich nicht in den Händen von Centrumsleuten. Auf die Angriffe des Herrn Sachse gegen einzelne Personen gehe ich nicht ein, sondern nur auf die sachlichen Einwendungen. Man hat immer auf den § 65 des preussischen

CARL STIER

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe

Berlin SO.

166. Oranienstr. 166.

Berlin SO.

Infolge der regen Nachfrage nach meinen Fabrikaten habe ich mich veranlaßt gesehen, wiederum meine Geschäftslokalitäten erheblich zu erweitern, so daß fast das ganze Haus Oranienstraße 166 für den Betrieb meines Geschäfts eingerichtet ist. Ich bin hierdurch in der Lage, allen Anforderungen, die an mich gestellt werden, was den Umfang, die Schnelligkeit und die Exaktheit derselben anbetrifft, in jeder Weise nachzukommen. Mein Prinzip, bei größter Auswahl tadellos passende, gut gearbeitete Sachen bei den denkbar billigsten Preisen zu liefern, hat mir den großen und täglich wachsenden Kundenkreis geschaffen, den ich mir in jeder Weise zu erhalten bestrebt sein werde.

Meine Preise stellen sich wie folgt:

Rock- und Gesellschafts-Anzüge.

- Rock-Anzüge in Kammgarn, glatt oder Diagonal, schwarz oder blau 27, 30, 33, 38, 43, 48 Mr.
- Rock-Anzüge in Cheviot, schwarz oder blau 33, 38, 43, 48 Mr.
- Gehrock-Anzüge in Kammgarn, Tuch-Kammgarn od. Cheviot 30, 36, 42, 48, 54 Mr., mit Seide abgearb. 60 Mr.
- Rock-Anzüge in melierten Kammgarn-Stoffen, grau oder marengo 33, 38, 43, 48 Mr.
- Gehrock-Anzüge in melierten Kammgarn- oder Cheviot-Stoffen, grau oder marengo 36, 42, 48 Mr.
- Smoking-Anzüge, glatt Kammgarn 36, 48 Mr.

Jackett-Anzüge für Herren.

- Kammgarn-Anzüge, schwarz, dunkelblau, dunkelbraun 20, 22, 50, 25, 30, 35 bis 50 Mr.
- Cheviot-Anzüge, einfarbig, schwarz, blau oder braun 17, 50, 20, 22, 50, 25, 30, 35 bis 45 Mr.
- Cheviot-Anzüge, meliert, in modernen Farben, darunter große Neuheiten 17, 50, 20, 25, 30, 35 bis 50 Mr.
- Kammgarn-Anzüge in marengo, grau- oder olive-melierten Farben 30, 35, 40, 45, 50 Mr.
- Velour-Anzüge, dicke Ware, solide Muster, Anzüge für ältere Herren 25 und 30 Mr.
- Anzüge von gestirntem Wuchsin, haltbare Stoffe und solide Muster 15, 25, 30, 35 bis 45 Mr.

Paletots für Herren.

- Paletots in Eskimo mit elegantem Futter, schwarz oder dunkelblau 18, 20, 22, 50, 25, 30, 35 bis 55 Mr.
- Paletots in Eskimo mit gestepptem Futter, sehr vornehm 20, 25, 30, 40, 45 bis 60 Mr.
- Paletots in Cheviot, dunkelblau, schwarz oder braun 25, 30, 35 bis 45 Mr.
- Paletots in Cheviot oder Eskimo in den so beliebten marengo- oder dunkelgrauen Farben 15, 30, 35 bis 45 Mr.
- Paletots in Sportstoffen 30, 35 bis 45 Mr.
- Paletots in Rockfaçon, hochmodern 35 bis 45 Mr.

Die festen Preise sind auf dem Etikette jedes Gegenstands deutlich durch Stempel vermerkt. Ein willkürliches Fördern findet also nicht statt; es kann also jedermann sich von der Qualität der Ware selbst überzeugen. — Nach

auswärtig sende Muster und Mahnanleitung frei gegen frei zu. — Hunderte von unbedingten Anerkennungen sind ein Beweis für die gute Ausführung, tadellosen Sitz sowie prompte Bedienung.

Filiale: Potsdam, Brandenburger Strasse 23.



Räumungs-Ausverkauf.

Der vorgeschrittenen Saison wegen haben wir unsere Artikel im Preise bedeutend ermäßigt und offerieren: Winter-Paletots in größter Auswahl, elegant gearbeitet, 30 Prozent unter Preis. Winter-Joppen, warm gefüttert, in allen Farben, jetzt von 4,50 Mark an. Knaben-Anzüge, Mäntel, Joppen, Paletots zu staunend billigen Preisen.

J. Rosenthal & Co., Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse 64, Ecke der Kantstrasse.



(wie Zeichnung) 25 Pf.

Geb. Hermes, Goldschmied-Zolingen, Stahlwarenfabrik u. Verlanagehäufig.

Verlangen Sie unsern großen Katalog über Stahl, Leder, optische Waren, Wollen, Werkzeuge, Haushaltungsgegenstände etc. 46/12*



Dieser moderne Hut in verschiedenen Farben mit Atlasfutter kostet 2 Mk.

Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen bei riesiger Auswahl in allen modernsten Sorten!

Sehr vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Kufekes
BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder
Kindermehl.

Gegründet 1879.

Oscar Arnold
Hüte, Mützen u. Pelzwaren
Engros — Export
nur Dresdenerstr. 116,
(kein Laden).

Georg Petrich
Hut-Fabrik
Oranienstrasse No. 184,
zwischen Adalbertstrasse u. Heinrichsplatz.

Filz- und Seidenhüten
vom Billigsten bis zum feinsten Genre.

Mützen und Schirme.
Reparatur-Werkstatt.
Mitglieder von Arbeiter-Organisationen erhalten 3% Proz. Rabatt.
Jeder Käufer erhält ein praktisches Präsent.

Julius Lindendbaum

Grosse Frankfurterstr. 141, BERLIN O., Grosse Frankfurterstr. 141,

Eckhaus der Fruchtstrasse. 14 grosse Schaufenster, 24 Bogenlampen, tageshelle elektrische Beleuchtung. Eckhaus der Fruchtstrasse.

Grösstes Etablissement der Bezirke Ost, Nordost und Südost für

Herren- und Knaben-Bekleidung.

Sämtliche Sport- und Jagd-Artikel.

Berufskleidung.

Zwei Zuschneider. Specialität: Massanfertigung. Werkstatt im Hause.

Winter-Paletots.

Winter-Joppen.

Reelle billigste Preise.

Gold-Gottschalk.

Wem wäre das Uhren- u. Goldwaren-Geschäft von Hermann Gottschalk, Admiralstrasse 37, nicht bekannt? Reelle, geschmackvolle Ware, billigste Preise, stets freundliche Bedienung findet man dort. Wirklicher Fachmann. Reparatur-Werkstatt im Hause.

Warenhaus A. Wertheim

Sonntag, den 9. Dezember sind nur unsere Geschäftshäuser Rosenthaler- u. Oranienstrasse von 12—8 Uhr geöffnet.

Unser Haus Leipzigerstr. bleibt geschlossen.

Die neuen Verkaufsräume Leipziger- u. Vossstrasse werden am Montag eröffnet.

An den Sonntagen vom 16. u. 23. Dezember sind unsere Geschäftshäuser von 12—8 Uhr geöffnet; vormittags bleibt geschlossen.

Conrad Tack & Cie.

Burg bei Magdeburg.

Deutschlands bedeutendste Schuhfabriken.

68 eigene Verkaufshäuser in allen grösseren Städten Deutschlands.

Weltbekannt sind unsre Fabrikate

durch ausserordentliche Haltbarkeit, durch unerreicht billige, feste Preise, durch vorzügliche chiese Passform, durch unübertroffene Leistungen auf dem Gebiet der **Schuh-Industrie.**

Prämiiert mit der goldenen Medaille 1893.



Haltbarer Kinder-

Knopf-Stiefel Mk. 1,90.

Strapazier-Damen-Stiefel Mk. 3,40.

Strapazier-Herren-Stiefel Mk. 4,50.

Goodyear-Welt (System Handarbeit), eigenes Fabrikat, der beste Stiefel der Gegenwart.

Winter-Schuhe und -Stiefel in bekannt grosser Auswahl; Gummi-Schuhe, echt Petersburger und beste deutsche Fabrikate.

Verkaufshäuser in Berlin unter eigener Firma:

- 50 Andreasstr. 50.
- 29 Beusselstr. 29.
- 1 Danzigerstr. 1.
- 139 Frankfurterstr. 139.
- 240 Friedrichstr. 241.
- 65 Oranienstr. 65.
- 50 Potsdamerstr. 50.
- 14 Rosenthalerstr. 14.

- 15 Spittelmarkt 15.
- 37 Turmstr. 37.
- 22 Wilsnackerstr. 22.

Charlottenburg:
122 Wilmersdorferstr. 122.

Rixdorf:
30/31 Bergstr. 30/31.

Achten Sie genau auf unsre Firma!

Conrad Tack & Cie., Burg bei Magdeburg.



(Unbedingt grösstes)
Herren- u. Knabengarderobengeschäft
der
Schönhauser- und Prenzlauer Vorstadt
Hugo Opitz

Schneidmeister [50489]
Berlin N., Franseckstrasse 13,
nahe der Schultzei-Bräuererei.

Fernspr. Amt III. 5309. Geöffnet 1895.
Das vollständig neu umgebaute Lokal erstreckt sich durch das Vorderhaus, Seitenflügel und Langergebäude, ca. 40 Meter direkte Länge.
Bei ganz bedeutender Auswahl fertiger Garderoben für Herren und Knaben in Festtags-Kleidung, Alltags-Kleidung, Sportbekleidung etc. habe ich zu den billigsten Preisen, auf jedem Artikel vorräthig, allerdings ohne jeden Rabatt - streng feste Preise!

Die sengroßes Tuchlager

zur Aufnahme für Maßbestellungen, welche sofort auf das eleganteste in eigenen Werkstätten angefertigt werden.
*) Bitte sich selbst zu überzeugen.



Allen Freunden und Bekannten empfehle mein Weiß- und Varrisch-Bier-Fal, sowie meine beiden Bierstimmer mit Klavier für 20 und 50 Personen. 57039

August Bieberstein,
Abalberstr. 61.



Cylinder-Hüte
kauft man am billigsten direkt in der Fabrik.
Chapeaux claque,
welche und feste Zylinderhüte zu billigen Preisen
bei **Max Radtke, Krautstr. 50,**
an der Markthalle (kein Laden).

Das ist die Garde!



Wisset du, Mutter! was I trümpf hab?
Edelweiss. Stille Nacht. O du fröhliche
und viele andere Stücke. Choräle, Märchen,
Concertstücke. Können Sie sofort ohne Lehrer
und Notenkenntnis eine oder mehrere
stimmenig nach meinem zum Vorkauf aus
geschieden neuartigen Notenbuche
spielen, ähnlich wie bei der
amerikanischen Gitarre oder
Hartmannsche. Die Handhabung
ist staunend einfach. Das Noten-
buche wird aufgesetzt wie eine
Abbildung des Instrumentes und das Stück kann
sofort abgelesen werden. Für nur
5/6 Mark. Verleihe ich gegen Rücknahme
meine verbesserte „Pertha“ Tremolo-
lauto Concert-Ziehharmonika,
mit einer Anzahl solcher Spielblätter, Leiden,
und schöne Stücke. Die Harmonika hat 8 Key-
gestänge incl. Tremolando-Ziehharmonika,
wobey man die Musik beliebig aus Zittern
(Arpeggieren) bringen kann, wie bei den
Drehorgeln. Deutsches Reichs-Gebräuch-
smuster schütz dieses Apparat vor Nachahmung.
Die Klänge der Stimmen ist eine leichte,
ganz gleich, ob der Zitter-Apparat in über
ander Abtheilung ist. Pertha hat doppel-
stimmige harmoniumartige Klänge, ist spielbar

leicht zu handhaben, erzeugt allenfalls Klängen. Stimmen halten jahrelang. Spielverfahren unverwundlich, auch durch Deutsches Reichs-Gebräuchsmuster vor Nachahmung geschützt. Doppelstimmig mit Klavieranschlag weit ausgedehnt und solide. Claviatur 12-tönig, 40 breite Stimmen und 2 Contrabässe erzeugen die Musik. Nieder-Claviatur. Nichtbedingten, Niederbelegten aus noch viele andere Vorzüge machen dieses Instrument zum wahren Produkt der Eine Vorrichtung zum Spielen noch ausstehenden Notenblätter etc. kostet eine höchstens vierstimmige Harmonika nur 6 Mark. Können Sie Harmonika mit einem unverwundlichen Klavierholz, wie vorstehend beschriebener, in Größe bis 8 Mark. Können Sie Instrument mit harmonischer Klavierbegleitung 10 bis mehr, 2, 4, 5 und 6 Stimmen, 2 und dreistimmige Klavier-Instrumente zu noch nie dagewesenen Preisen. Verlangen Sie Preisliste umsonst; man bestelle bei der größten Neuentwerfer Musikinstrumenten-Fabrik von

Heinr. Suhr, Neuenrade 368 (Wesf.)

Prozeß Sternberg.

30. Verhandlungstag.

Landgerichts-Direktor Müller eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Justizrat Dr. Sello teilt den Brief eines von der Hedwig Ehler...

Präsident Platho wünscht ihre frühere Aussage noch in einigen Punkten zu ergänzen. Sie macht darauf aufmerksam, daß das Gnadengesuch schon am 30. Mai ihr zugegangen sei...

Der Berichtsvorsitzende gegen Justizrat Sello.

Der Detektiv-Direktor Schulze bestritt, daß seine Begegnung mit dem Kriminalschuyman Schelenz sich in der Weise abgespielt habe, wie dieser gestern angegeben. Er bestritt, jemals mit Thiel etwas zu thun gehabt zu haben.

Thiel die Verteidigung bedient hat?

Justizrat Dr. Sello wünscht Aufklärung darüber, was der Vorsitzende mit seiner Bemerkung meint. — Präsi.: Ich nehme Veranlassung zu dieser Frage auf Grund des vorliegenden Geständnisses...

Bestochener Beamter sei

und damit stimmt doch die Entrüstung nicht, mit welcher hier vom Verteidiger die auf Thiel bezüglichen Mitteilungen des Schuyman Stierstädter begleitet worden sind.

Schwerer Gewissensbedrängnis

sich befunden und eine geprehte Seelenstimmung hatte. Er hat davon Mitteilung gemacht, daß er in den Verdacht gekommen sei, bei dem Besuch, den Luppä und Münchhausen in der Wohnung der Hausmann gemacht haben, zugegen gewesen zu sein.

200 000 M. in Aussicht

gestellt. Ich habe ausdrücklich die Frage offen gelassen, wer von den beiden die Unwahrheit gesagt habe. — Präsi.: Sie geben doch zu, daß Sie mindestens geahnt haben, daß Herr Thiel in strafbarer Weise sich vergangen hat.

Eid darauf leisten

werden. Er bleibt dabei, daß er Ihnen gesagt habe, er sei ein bestochener Beamter. — Justizrat Dr. Sello: Das ist nicht wahr, er hat nur von dem Verdacht gesprochen, in welchen er gekommen. — Vors.: Sie haben doch aber Berichte bekommen, von denen Sie sich sagen mußten, daß sie nur von einer amtlichen Person herrühren konnten.

Ursprung dieser Kenntnis

kaum zweifelhaft sein konnte. Wir müssen hier unterscheiden wissen, wie die Sache liegt. Wenn man daran denkt, daß von der Verteidigung immer neue Anträge eingingen, so kann es doch kaum zweifelhaft sein, daß der Verteidigung manches bekannt gewesen sein muß, was doch nur durch die verbrecherischen Berichte Thiels erlangt sein kann.

diese Tausende ausbleibt,

um die Berichte im Kopfen ruhen zu lassen, ist doch nicht anzunehmen. — Justizrat Dr. Sello: Dem gegenüber habe ich auf das allerbestimmteste zu erklären, daß ich auch jetzt noch nicht eine einzige Thatsache angeben könnte, von der ich hätte vermuten können, daß sie auf Informationen von Thiel herrührten.

Dr. Sello schon damals wußte,

daß Thiel mit Luppä bei der Hausmann und Collis gewesen war. Ich frage nun, ob Justizrat Dr. Sello geglaubt hat, Thiel habe dies aus Uneigennützigkeit gethan. — Justizrat Dr. Sello: Meine Erinnerung seiner Zeit entfällt, wie ich wiederhole, daraus, daß Herr Stierstädter behauptete, er habe von Thiel erfahren, daß ich 200 000 M. in Aussicht gestellt hatte.

bestochener Beamter war.

Justizrat Dr. Sello: Dann würde ich die Obliegenheiten meines Amtes auf das gründlichste verletzt haben. Meine Erklärung bezog sich lediglich auf die angebliche Mitteilung Thiels an Herrn Stierstädter. — Vors.: Es wäre doch mindestens Pflicht gewesen, irgendwie auf das Gebot der Amtverschwiegenheit hinzuweisen.

Rechtsanwalt Dr. Werthauer

erbitet sich das Wort: Der Herr Vorsitzende hat sich etwa dahin geäußert, daß eine Spur des Verdachts, von amtlichen Berichten den Thiel Kenntnis gehabt zu haben bestehen bleiben würde, wenn nicht die Unmöglichkeit nachgewiesen würde. Ich bin in der Lage, die Unmöglichkeit nachzuweisen.

Rechtsanwalt Fuchs:

Der Herr Stierstädter auf Grund seiner überraschenden Mitteilungen an dem betreffenden Tage scharf angegriffen hat, war nicht Kollege Sello, sondern ich. Meine Entrüstung war optimistisch ausgebrütet, denn ich habe mir nicht vorstellen können, daß so etwas überhaupt denkbar sei.

glücklich geschäft,

daß dies noch nicht der Fall sei. Ich habe das hier zur Sprache bringen müssen. — Rechtsanwält Fuchs: Wenn Thiel nichts weiter geliefert hat, als Vorstrafen und Wohnungsregister einzelner Zeugen — woher sollte denn wohl die Verteidigung wissen, daß dies von amtlicher Stelle komme? Nichts berechtigt zu dem der Verteidigung gemachten schwerwiegenden Vorwurf.

nicht mehr im Enale fungieren

können, wenn ein solcher Verdacht weiter auf ihnen ruhen sollte. Die Rechtsanwälte Heinemann und Bronke schließen sich den Erklärungen des Rechtsanwalts Fuchs an, ebenso Rechtsanwalt Dr. Wendel, der noch darauf hinweist, daß er erst kurz vor dieser Verhandlung mit in die Verteidigung eingetreten ist.

Moralischer Zersinn.

Prof. Dr. Eulenburg: Nach der lärmenden Scene, die gestern von der Ehler im Gerichtssaal ausgeführt worden sei, habe sich seit dem ersten Auftreten der Ehler vor Gericht aufgetauchter Verdacht, daß sie nicht geistig normal sei, bis zur Gewissheit verstärkt.

Der Arbeiter-Sängerbund

begeht heute abend in der Brauerei Friedrichshain die Feier seines zehnjährigen Bestehens. Am 14. September 1890 tagte die erste Versammlung, die sich mit der Gründung des Bundes beschäftigte, und die Konstituierung erfolgte am 19. Oktober desselben Jahres.

freie Willensbestimmung ausgeschlossen wurde? — Prof. Eulenburg: Das letztere nehme ich an. Der Ehler fehlen die sämtlichen moralischen Elemente, einem Antriebe zu widerstehen, wie durch ihre ganze Lebensführung bewiesen wird.

Der Gerichtshof beschließt, mit Rücksicht darauf, daß die Sachverständigen bei dem gestrigen Auftritt nicht zugegen gewesen seien und daß keiner der Anstaltsärzte, welche mit der Ehler in Behandlung gekommen seien, einen Zweifel an ihrer Geistesgesundheit hätten laut werden lassen, die Ehler nur vorläufig und sich ihr auferlegten dreitägigen Hospitase zu entlassen und sich weiteren Beschluß vorzubehalten.

Nochmal Stierstädters Pflichttreue.

Es wird dann der Kommissar Karl Weiß vernommen. Der Zeuge giebt dem Stierstädter ein glänzendes Zeugnis. Derselbe sei ein Muster von Treue, Eifer und seltener Pflichttreue. Er habe selbst bei Kleinigkeiten mit bewundernswertem Eifer recherchiert.

Es folgt die Fortsetzung der Vernehmung der Zeugin Frau Ehler. Sie bleibt dabei, daß sie am 6. Dezember bei einer Vernehmung ihrer Tochter vor Gericht zugegen gewesen sei, als Stierstädter auf ihre Tochter eingeredet habe, sie solle sagen, Sternberg sei der Mann gewesen, mit dem sie bei der Fischer zu thun gehabt.

mein Kind auf dem Gewissen!

Staatso. Braut: Dies soll also am 6. Dezember gewesen sein. Damals, am 6. Dezember, spielte, wie feststeht, der Fall Postnagon; wie sollte also der Zeuge Stierstädter dazu kommen, an jenem Tage, wo der Fall Bohda noch gar nicht zur Kenntnis gekommen war, der Zeugin zuzureden: Die Tochter solle nur sagen, daß der Mann, der bei der Fischer verkehrte, der Maler aus Frankfurt a. O. sei?

das schade ja gar nichts,

sie solle nur behaupten, daß sie bei der Fischer verkehrt habe. Dies alles sei geschehen, während gleichzeitig der Schuyman Richter mit ihrem Vater gesprochen habe. — Zeuge Stierstädter bestritt, nochmal diese Behauptung und verweist sich auf den Schuyman Richter, der ihm bestätigt, daß er eine so lange Unterhaltung gar nicht geduldet haben würde.

Ein als Zeuge vernommener Arbeiter Adolf Sack bekundet gleichfalls, daß die Ehler zu zwei anderen Personen gesagt habe, sie habe mit Sternberg nichts zu thun gehabt.

Die Verhandlung wird hierauf abgebrochen, da die Verteidiger Zeit zu haben wünschen, um in längerer Konferenz sich über verschiedene Punkte, namentlich auch bezüglich des noch nötigen Umfangs der Beweisaufnahme schlüssig zu machen.

Zur Aufklärung der gestrigen Verhandlung folgen wir die Erklärung hinzu, die Herr Justizrat Dr. Sello in der Verhandlung am 1. November abgab, nachdem Stierstädter gegen Kriminalkommissar Thiel die bekannten Beschuldigungen erhoben hatte.

Ich weiß nicht, ob es sich um einen Meineid des Zeugen oder um ein ganz schweres Amtsverbrechen anderer Art handelt, sondern kann nur erklären: An der ganzen Erzählung des Zeugen Stierstädter, soweit mein Name darin vorkommt, ist kein wahres Wort, es ist aus der Luft gegriffen, ein vollständiges Märchen von Anfang bis zu Ende. Ich habe weder mündlich noch schriftlich, weder andeutungsweise, noch direkt derartige Mitteilungen, wie hier behauptet worden, Herrn Kriminalkommissar Thiel zutommen lassen.

Tokales.

Der Arbeiter-Sängerbund

begeht heute abend in der Brauerei Friedrichshain die Feier seines zehnjährigen Bestehens. Am 14. September 1890 tagte die erste Versammlung, die sich mit der Gründung des Bundes beschäftigte, und die Konstituierung erfolgte am 19. Oktober desselben Jahres.

drei Wochen nach dem Fall des Sozialistengesetzes, unter welchem die brutale Gewalt der Machthaber nicht allein die politischen und gewerkschaftlichen Vereine, sondern auch die Gesangsvereine der Arbeiter zum größten Teil zerstört hatte. So ist es denn im Grunde ein Irrtum, daß der Arbeiter-Sängerbund zehn Jahre alt ist. Schon 1878, als die Zeit von Deutschlands tiefster Sämlichkeit begann, fiel der damalige Arbeiter-Sängerbund, der freilich nur aus sieben Vereinen bestand, dem Ausnahmegesetz zum Opfer. Ein winziges Häuflein damals, jedoch hart genug, um den Grundstein zu legen zum Aufbau des freilichlichen Arbeitergesangs. Zwölf Jahre lang mußten die verbotenen Arbeiterlieder vor den Blicken der Polizei verborgen aufbewahrt bleiben und sie erkundeten nur, wenn die Parteigenossen draußen im Waldesgrün trotz alledem sich zu Nat und Thot zusammen gefunden hatten. Als dann der Bund 1890 neu gegründet wurde, erklärten sofort 49 Vereine ihren Beitritt. Die mächtige Entwicklung des Bundes seitdem ist bekannt. Heute gehören ihm 200 Vereine mit 4500 Mitgliedern an, davon haben 123 Vereine in Berlin und 78 in der Umgegend ihren Sitz. Die gesamte Niedergemeinschaft der Arbeiter-Sängervereinigungen Deutschlands, der auch unser Bund angehört, zählte auf dem letzten Delegiertenkongress, der 1898 zu Frankfurt a. M. abgehalten wurde, 710 Vereine mit 28810 Mitgliedern.

Selbstverständlich hat es dem Arbeiter-Sängerbund auch im Laufe der verfloffenen zehn Jahre nicht an politischen Drangsalierungen gefehlt. Der Vorstand erhielt 1895 die Aufforderung, das Mitgliederverzeichnis des Bundes einzureichen, und wurde nach der Weigerung, einer solchen Anordnung nachzukommen, in eine Geldstrafe genommen. Es kam zu einer Klage beim Ober-Verwaltungsgericht, in der die Vereinslieder, die Vereinsberichte im „Vorwärts“ und die angebliche Agitation bei den Sängerversammlungen zur Konstruierung einer politischen Thätigkeit des Bundes herhalten mußten. Trotz der ausgezeichneten Verteidigung durch den Rechtsanwalt Dr. Herzfeld wurde die Strafverfügung bestätigt.

Nun, gekündet hat diese Polizei-Affaire dem Bunde nicht und mit der allgemeinen Arbeiterbewegung wird auch er sich immer häufiger entwickeln. Der Arbeiter-Sängerbund wird dem Proletariat auf dem Wege zu künstlerischer Erhebung vor wie nach ein treuer Führer sein!

Der Staat der Sozialreform läßt zur Zeit wieder im Tiergarten große Holzschläge vornehmen. Viele Arbeiter sind jetzt beschäftigungslos, und da das Gericht, daß vor dem Brandenburger Thor am Ende einige Mark zu verdienen seien, sich recht schnell verbreitet hat, begeben sich häufig Arbeitsuchende dorthin. Der Armenhort im Tiergarten eine schwere Enttäuschung. Gewiß, dort werden Bäume gefällt nach Noten, aber die Leute, die diese Arbeit verrichten, sind Soldaten, Soldaten, die von dem Gelde der Steuerzahler erhalten werden. Gestern waren 46 Pioniere unter der Leitung dreier Unteroffiziere und eines Feldwebels mit der Art im Park beschäftigt. Mit früherer Miene betrachten die arbeitslosen Steuerzahler dies Schauspiel. Vielleicht daß demnächst ein Gang zum Tiergarten-Direktor Erfolg hat. Der Herr Direktor zukt mit den Köpfen. Von Reueinstellungen könne keine Rede sein. Im Gegenteil, von den zur Zeit unter seiner Leitung beschäftigten Zivilpersonen könnten ohne Not die Hälfte entlassen werden, und wenn sie trotzdem in Stellung bleiben, so geschieht das nur in Rücksicht auf die schwere Winterszeit. Aber ist denn, von allen sozialpolitischen Erwägungen abgesehen, der Profit so groß, den der Staat aus der Soldatenarbeit herauszieht? Die Pioniere erhalten einen Lohngeld von zwei Mark. Den Arbeitern wurden bisher 2,25 M. bis 2,50 M. gezahlt; nur die Holzschläger erhielten 2,70 M. Ein trauriger Lohn, für den zur Zeit aber doch, wie der Augenchein lehrt, mancher Arbeitslose, der am Ende auch mit der Art umzugehen weiß, einbringen würde. Den Vorteil, den der Staat täglich aus der Soldatenarbeit herauszieht, mag sich nach Adam Riese auf rund 23 Mark belaufen. Und darum müßten arbeitslose Steuerzahler mäßig zusehen, wie Soldaten die Arbeit verrichten, deren Beitrag ihnen und ihrer Familie am Ende ein Stück Brot zur Weihnacht eingebracht hätte.

In den Wahlen für die Akademische Lesehalle wird und geschieht: Der Aufmarsch der Parteien für die Rekrutierung der Akademischen Lesehalle ist beendet. In energischer Weise hat der Sozialwissenschaftliche Studentenverein den Mitgliedern der L.-S. sein Programm kundgegeben, dessen Hauptfäden die studentische Freiheit und Gleichberechtigung und die Propaganda für die sozialen Ideen sind. In den Vordergrund seiner praktischen Thätigkeit wird er die Einwirkung von Volkshochschulen stellen auf Grund des Zusammenarbeitens der Arbeiterschaft und Studentenschaft Berlins. Die katholische und die jüdische Religionspartei haben durch ihre Negungsfähigkeit bewiesen, daß es sich besonders bei der ersteren ganz wesentlich um korporative Interessenvertretung handelt. Die Jüdische Partei vermag sich in ihrer inneren Verfahrenheit nicht zu energischer Handeln und positiven Fortschritten aufzuerheben; mag sie den Sozialwissenschaftlichen Studentenverein der radikalsten, so sozialdemokratischen Gesinnung sein, dadurch wird die Thatsache nicht aus der Welt geschafft, daß die Jüdische Partei diese Organisation der Nichtorganisierten, den Schrein der Stärke nur da zu wahren vermag, wo es sich um so allgemeine Gedanken handelt, daß sie für das wirkliche Leben bedeutungslos sind.

Und die „nationale“ Partei des Vereins deutscher Studenten? Bisher glaubte man zu wissen, daß sie für den extremsten Nationalismus einträte. Jetzt finden die stromenden Kommilitonen auf seiner Liste dem Namen des einen Kandidaten als Empfehlung die Bezeichnung „Süddeutscher“ hinzugefügt. So gestellt, der Lieben Stimmen halber, zum Nationalismus der Partikularismus. Uebrigens haben sich die Einwendungen, die in der gestern von uns gebrachten Aufschrift gegen eine Kandidatur erhoben wurden, als durchaus hinlänglich erwiesen.

Die Einrichtung des Raubmörders Obweh ist gestern früh auf auffälligen roten Plakaten dem Publikum mitgeteilt worden. Zur Warnung, wie man sagt, damit niemand auf den Einfall komme, sich einer gleichen Thatbedeutung schuldig zu machen. Der Fortschritt der preussischen Kultur hat es bekanntlich erst in den letzten Jahren dahin gebracht, nicht allein Einbildung, Bestellung und Kontrollveranlassung des Staatsbürgers, sondern auch dessen Hinrichtung an der Anschlagssäule zu verhindern. Wie enorm unsere Kultur sich am Ende des Jahrhunderts gerade in diesem Punkt entwickelt hat, tritt besonders klar zu Tage, wenn man erwägt, daß unter Wilhelm I. bis zum Ende der sechziger Jahre in Preußen überhaupt keine Hinrichtungen vollzogen wurden. Erst nach den Attentaten wurden diese furchtbaren amtlichen Handlungen häufiger, und in der Gegenwart würden sie am Ende kaum besonders auffallen, wenn ihr Vollzug nicht, wie gesagt, durch Affischen verhängt würde.

Ueber die letzten Stunden des Doppelmörders wird noch folgendes berichtet. Gönzi ist ohne Bewußtsein in den Tod gegangen. Nachdem er Donnerstagnachmittag um 4 1/2 Uhr in die Werdertasse geführt worden war, erhielt der Verurteilte um 6 Uhr den Besuch des Anstaltsgeistlichen am Untersuchungsgefängnis Prediger Kirch. Um 7 1/2 Uhr erschien Frau Gönzi, um von ihrem Mann Abschied zu nehmen. Sie verweilte eine halbe Stunde bei ihm. Beide waren tief bewegt. Erst nach dem Abschied seiner Frau gab sich Gönzi seiner Täuflung mehr hin. Um 8 1/2 Uhr verlangte er zu essen und erhielt ein Weisstut. Auf die Frage, ob er rauchen und etwas trinken wolle, antwortete er: „I bit!“ schon, in die sein Raucher und Säufer gewesen, aber a bißl Wein.“ Mit einem Weisstutier letzten Motocins begnügte er sich. Der Prediger wiederholte seine Besuche während der Nacht noch mehrere Male. Gönzi war sehr unruhig und schlief keine Minute. Fortwährend behauptete er sowohl dem Geistlichen wie den Aufsehern gegenüber, daß er unschuldig sei.

Die Hinrichtung wurde auf dem Strängriehof der Strafanstalt Mögensee um 7 1/4 Uhr vollzogen. Außer den Amtspersonen wohnten

12 Noabiter Bürger dem graufigen Vorgang bei. Im ganzen sollen 33 Eintrittskarten hierzu ausgegeben worden sein.

Der Polizeipräsident v. Windheim veröffentlicht folgende Berichtigung: Die erste Bezirks-Beilage des „Berliner Lokal-Anzeigers“, westliches Viertel, vom 8. Dezember bringt in einer D. O. unterzeichneten Annonce folgendes: „Der Conrad Hinz, Sauerstoff-Gelassant, Schöneberg, Berlin, Wahnstraße 84. Die auf meine Veranlassung vorgenommene chemische Untersuchung der Ihrer Anstalt entnommenen Präparate hat ergeben, daß dieselben Superoxyde (das heißt aktiven Sauerstoff) enthalten. Berlin, den 27. November 1900. v. Windheim, Polizeipräsident.“ — Ich erkläre hierzu, daß ein Schreiben in der vorstehenden Fassung Herrn C. Hinz nicht zugegangen ist.“

1884-1895 Einwohner hat Berlin nach der letzten Volkszählung. Der Stadtrat Dr. Weigert berichtete in der Magistrats-Sitzung vom 7. d. Mts. über das vorläufige Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1900. Die Zählung hat 1884-1895 Einwohner gegen 1 677 304 am 2. Dezember 1895 ergeben, das ist eine Zunahme von 207 041 Einwohner. In Prozenten ausgedrückt betrug die Zunahme von 1895 zu 1900: 12,34 Proz., 1890—1895: 6,24 Proz., 1885—1900: 20,08 Proz., 1880—1885: 17,19 Proz., und 1875 bis 1880: 10,08 Proz. Die größte Zunahme wurde im Standsamtsbezirk VII b (Nordost) festgestellt, sie betrug dort 39,13 Proz., während die größte Abnahme im Standsamtsbezirk I (Friedrichstadt) mit 12,83 Proz. sich ergab. Auch in den Standsamtsbezirken II (Alt-Röln etc.) und VI wurden Abnahmen der Bevölkerung festgestellt. Die vorläufig für Charlottenburg ermittelte Zahl beläuft sich auf 189 300 Einwohner, was einer Zunahme von nicht weniger als 48 Proz. in den letzten fünf Jahren entspricht.

Die Zahl der Berliner Universitätslehrer hat 400 überschritten und beträgt gegenwärtig 406. Im ganzen zählt der Lehrkörper der Universität 88 ordentliche Professoren, 23 ordentliche Honorarprofessoren, 1 leibendes Mitglied der Akademie, 99 außerordentliche Professoren, 188 Privatdozenten und 6 Lektoren.

Das Reichs-Postmuseum ist vom 9. Dezember ab wieder für die allgemeine Besichtigung zugänglich.

Wegen weiterer Zulassung von Anhängewagen befinden sich die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn in Unterhandlung mit dem Polizeipräsidenten. Mit dem am 1. Januar in Kraft tretenden Befahrungstaxi ist eine außerordentliche Verkehrs-Zunahme, ganz besonders auf den Durchgangslinien der Berliner Straßenbahn, zu erwarten.

Wenig aus Zahlen geht. Wie gering selbst in durchaus „patriotischen“ Kreisen das Interesse für die deutsche China-Expedition ist, zeigt der Umstand, daß eine an der Universität Berlin ausgelegte Sammelliste für die deutschen Soldaten nach 8 Monaten und wiederholten Aufforderungen aller Interessierten die erlösbare Summe von — 23,50 M. aufweist. Freilich werden hier auch die Namen der einzelnen Geber nicht an die große Glocke gebracht.

In Sachen der „Schulreform“ haben wir uns gleich anderen Blättern insofern eines Irrtums schuldig gemacht, als fortan nicht das Abiturium, sondern die sogenannte Einjährigen-Prüfung fortfallen soll.

Während bisher die Briefträger nur Postwertzeichen zu 5 und 10 Pf. und Postkarten zu 5 Pf. zum Verkauf an das Publikum bei sich zu führen hatten, ist jetzt bestimmt worden, daß sie auch Postwertzeichen und Postkarten zu 2 Pf. bereit halten müssen. Diese Einrichtung ist nur getroffen worden, um den Eingekaufbedarf des Publikums zu decken; größere Mengen werden nach wie vor an den Schaltern eingekauft sein.

Das wohlthätige Berlin. Die Kinder-Polizei gehen leider zurück, obwohl der Zuspruch enorm ist. Die Mittel sind aber derart erschöpft, daß sogar in diesem Winter die zehnte, bisher in der Verfassung befindliche Klasse nicht eröffnet werden kann. Schon im vorigen Winter konnten nur die allerbedürftigsten Kinder mit insgesamt 280 354 unentgeltlichen und 57 643 bezahlten Portionen (a 5 Pf.) berücksichtigt werden. Ob dieser Zustand nicht endlich das Gewissen der Kommunalverwaltung wachrütteln wird?

In Sachen des Ladenschlusses zur Weihnachtszeit hatte der Centralausschuß kaufmännischer und gewerblicher Vereine schon im September dem Polizeipräsidenten ein Gesuch unterbreitet, in diesem Jahre noch 24 Tage festzusetzen, wo die Läden erst um 10 Uhr abends geschlossen zu werden brauchen. Der Polizeipräsident hat nun 22 der vorgezeichneten Tage genehmigt, dagegen zwei gestrichelt. Einer dieser beiden Tage, an denen die Geschäfte doch um 9 Uhr geschlossen werden müssen, ist der Festabend. Der Centralausschuß hat nun eine zweite Petition an den Polizeipräsidenten geschickt, worin er darauf hinweist, daß am Weihnachtsfestabend immer ein besonders großes Verkaufsgeschäft vorzunehmen pflege, und abermals gebeten, den Festabend-Schluss für diesen Tag festzusetzen, ist aber bis heute ohne Antwort geblieben. Wir glauben, daß es auch an diesem Tage ohne den Festabend-Schluss geben wird.

Die erste Berliner Kohlenverkaufsgesellschaft ist die von den Wäldern in der Provinz gebildete Kohlen-Gesellschaft, die ihren ersten Centralversammlungen abgehalten hat. Dort konnte seitens des Vorstands die Mitteilung gemacht werden, daß die Arbeiten des Ausbaues für Beschaffung billiger Kohlen Erfolg gehabt haben. Man hat in der Nähe der Bahnhöfe passende Räume gemietet, von wo aus den Konsumenten die Kohlen auf Bestellung geliefert werden. Wie bedeutend der Bedarf der Berliner Wälder an Brennholzmitteln ist, geht daraus hervor, daß bei dieser Gesellschaft auf einen Jahresumsatz von ca. 16 000 Tonnen Kohlen gerechnet wird; jeder Wälder verbraucht ca. 8 Waggons pro Jahr.

Das Polizeipräsidium bringt in Erinnerung, daß bei eintrittender Wintergälte die Bürgersteige, Granitbahnen und Alleen mit Sand, Asche oder andern abkumpfenden Material bestreut werden müssen. Das Streuen hat so zu geschehen, daß während der Stunden von morgens 7 bis abends 10 Uhr der Fußwegung gefährlicherer Gälte vollständig vorgebeugt wird.

Der Maler Adolf Menzel vollendet heute sein 86. Lebensjahr.

Förderung der Wehrfähigkeit. 430 Sänicker aus Rheinland und Westfalen, die früher beim Gardecorps gedient haben, sind zu einer achtwöchigen Übung mit Radel und Bügeleisen nach Berlin einberufen worden. Sie sind in der Garde-Rüfiliert-Kaserne einquartiert und leben im Corps-Besoldungsamt in der Lehrterstraße. Die Begleitmannschaften, die sie herüber brachten, haben bis zum Sonntag Urlaub, um sich Berlin anzusehen.

Schankstendiebe haben in der Nacht vom Donnerstag gegen 4 Uhr die Uhren- und Goldwarenhandlung von A. Kobain (Inhaber Rog Brimmer) in des Jerusalemstr. 42 heimgesucht. Sie erbrachen die durch Eisenbeschläge und Vorhängeschlösser gesicherten Schanktüren, zertrümmerten die sehr dicke Scheibe und erbeuteten 12 silberne Herrenuhren, 80 goldene Damenuhren, 96 Doublettinge, 18 Doublettinge, 4 Paar Doublet-Patentarmbänder und sieben Paar goldene Ohrringe im Wert von 1200 M. Die Versicherungsgesellschaft Aduingia setzt auf die Wiederbeschaffung der gestohlenen Sachen eine Belohnung von 800 M. aus.

Aus dem Fenster gesprungen sind gestern, Freitagmorgen, zwei Personen in der Gartenstraße. Der Fußgänger Karl D e h m e aus Stolp in Pommern, ein junger Mann von 20 bis 22 Jahren, wartete in der Agentur der Frau Helpin in der Gartenstr. 116 auf eine Stellung und sprang kurz nach 12 Uhr plötzlich zum Fenster hinaus. Die Unfallstation IX in der Eichendorffstraße ließ ihn mit einem Krankenwagen nach der Charité bringen, wo er bald nach der Aufnahme an einem Schädelbruch starb. — Zwei Stunden später sprang in dem Hause Nr. 123 die Agentin Margarete R o s e n b e r g aus einem Fenster ihrer im ersten Stock gelegenen Wohnung

hinab und zog sich schwere Verletzungen der Wirbelsäule zu. Auch sie wurde durch die Unfallstation IX einem Krankenhaus zugeführt. Was sie zu dem Selbstmordversuch getrieben hat, ist nicht bekannt.

Von einem 2 1/2 Meter hohen Gerüst abgestürzt ist gestern, Freitagmorgen, um 12 Uhr in der Siemens u. Halske'schen Fabrik zu Charlottenburg der Maurer Köpfe aus der Spreestraße 1. Er erlitt eine schwere Verletzung des Rückenmarks und eine schwere Gehirnerschütterung und wurde mit einem stoppschen Rettungswagen nach dem Krankenhaus gebracht.

Von einem Straßenbahnwagen umgefahren wurde gestern, Freitagmorgen, um 8 1/2 Uhr an der Ecke der Brunnen- und Stralunderstraße der 28 Jahre alte Arbeiter Hermann Löniges aus der Stralunderstraße 67. Er erlitt schwere innere Verletzungen und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Das Thürzuschlagen auf der Stadt- und Ringbahn wird von den Beamten zum Teil mit beträchtlicher Kraftanstrengung gelebt. So passierte es gestern vormittag um 11 Uhr einem Passagier, der auf Station Nimmelsburg eingestiegen war, daß die Thür hinter ihm mit solcher Gewalt zugeschlagen wurde, daß die Fenster Scheibe in tausend Stücke ging. Die Glasscheiben stürzten, und nur dem Umstand, daß er das Gesicht zufällig abgewendet hielt, hatte der Fahrgast es zu danken, daß er im Gesicht unverletzt blieb.

In erstickten Versuche sich in der Nacht zu gestern zum zweitenmal in einer Gastwirtschaft der Altonaerstraße der 28 Jahre alte, aus Hamburg gebürtige Uhrmacher Karl Witter. Dieser hatte eine Pettling in Berlin geordert und war dann nach Schwidnig verzogen. Dort zeigte er ein niedergeschlagenes, grübelndes Wesen und schloß sich eines Tags eine Kugel in die Brust. Nachdem er einigermaßen wiederhergestellt war, kehrte er nach Berlin zurück und bezog Wohnung bei einer Wittve in der Flottwellstraße. Gestern abend sah er längere Zeit ruhig in einer Wirtschaft in der Altonaerstraße. Dann ging er auf das Klosett, verriegelte dieses und schloß sich abermals eine Kugel in die Brust, durch den Verband hindurch, den er von seiner ersten Verletzung noch trug. Neben sich hatte er ein gedimmtes Messer gelegt für den Fall, daß die Kugel nicht treffen sollte. Der Verwundete wurde einem Krankenhaus zugeführt. Witter ist vermögend und scheint nur durch Vereinsamung krank geworden zu sein.

Ueber die Niesensstadt Canton sprach der Marinepater Herr Wangemann vorgestern im Ordoal der U r a n i a. Wie nicht anders denkbar, ging der Redner dabei auf die chinesischen Zustände der Gegenwart ein und zwar in einer Weise, wie ein Militärpater dies ja wohl muß. Die in China einheimischen Religionsgründungen und Morallehren hat er mit einer Handbewegung ab, und der Umstand, daß im Reiche der Mitte Kälte vor dem Menschenleben und Varnberzigkeit unbekante Dinge seien, daß die Mandarinen Mhl bis ans Herz hinan mit dem armen Volk umringen, war dem Redner ein Zeichen beispiellos tiefer Kulturverständnis. Gerade als ob in der tranten Heimat der allmächtige Centralverband deutscher Industrieller und die Hamburger Reederkonferenzen keine christlichen Patrioten in sich vereinigen, die auf das Wesen pfeifen, wenn dieses ihnen nicht paßt, und die bei all ihrem Christentum die Rechte der eigenen Volksgenossen, wenn diese Arbeiter sind, mit einer Gerausamkeit misachten, der sich in der Geschichte nur wenige Beispiele an die Seite stellen können. Weiter gab Herr Wangemann eine Schilderung des Massenlebens in der asiatischen Niesensstadt, das in der That so schämen sein muß, wie die Zustände, die sich in Berlin N. und O. schon in den Hinterhäusern der Mietskasernen verbergen. Der Vortrag sang aus in einen patriotischen Appell. Wie könne Deutschland, das so viele und große Interessen im asiatischen Reiche zu vertreten habe, unthätig in der jetzigen Aktion beiseite stehen? Den Beweis, daß der Humanität den Handelsinteressen förderlich ist, erparierte Herr Wangemann sich.

Die Eröffnung der Vogel-Ausstellung, welche der Berliner Konventionär- und Vogelzuchtverein in der ersten Etage des Hauses Wandraße 17 veranstaltet, findet am Sonntag, den 8. Dezember statt. Die Ausstellung ist bis zum 12. Dezember von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends geöffnet.

Theater. Gerhart Hauptmanns neues Werk, das Kinderdrama „Michael Kramer“, zu dem die Woben im Deutschen Theater schon seit längerer Zeit stattfinden, wird von den Damen Timmer, Czerny, v. Böhm, Schneider, und den Herren Kuntler, Kähler, Reinhardt, Reinhardt, Sauer, Schwaiger, Valentin J. u. v. dargestellt werden; die Regie führt Emil Leffing. Die ersten Aufführungen sind auf den 21., 22., 23., 24. und 26. Dezember festgesetzt. — Das Schiller-Theater wird auch in diesem Jahr seine mit großem Erfolg eingeführten Weihnachts-Abonnements wieder ausgeben. Diese Weihnachts-Abonnements zum II. Rang für beständig während der Vorstellungen an Wochentagen sind in zweifacher Form zu haben, die eine enthält 4, die andere 6 Eintrittskarten zu einem hübsch ausgeschatteten Festchen vereinigt. Der Preis beträgt 8 M. und 4,50 M.

Aus den Nachbarorten.

Aus Kulah der Umwandlung des Pferdebahnbetriebs in elektrischen Betrieb müssen von der Gemeinde Neu-Weißensee sehr umfangreiche Pflichten vorgenommen werden. Die König-Chaussee, die Langhans- und Gustav Adolphstraße sollen reguliert, verbreitert und neugepflastert werden. Hierzu ist eine Summe von rund 602 000 M. erforderlich, von der jedoch die Große Berliner einen Teil, nämlich 177 000 M., zu tragen hat. Nach Abzug des für solche Zwecke noch vorhandenen Verbandsbestandes bleiben noch ca. 200 000 M. zu beschaffen, die unter Umständen durch eine Anleihe aufgebracht werden sollen. Der Gemeindevorsteher wird der Vertretung in der nächsten Sitzung eine Vorlage, die Beschaffung der notwendigen Mittel betreffend, vorlegen.

Die Gemeindevertretung von Groß-Lichterfelde hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit der alljährlich wiederkehrenden Eingabe der Firma Siemens u. Halske wegen Ueberlassung der Zellwerstraße für ihre elektrische Versuchsbahn zu beschaffen. Die genannte Firma, der die elektrischen Linien im Orte gehören, zeichnet sich hier durch eine besondere Rigorosität in Bezug auf Fahrpreise sowohl wie überhaupt in verkehrsrechtlicher Hinsicht aus.

Die Fahrpreise sind sehr hoch; bei den letzten verkehrenden Wagen muß die doppelte Fahrkarte bezahlt werden. Die Zellwerstraße liegen schlecht und sind natürlich auf den Geldbeutel der Gesellschaft zugeschnitten.

Alle Gemeindevertreter waren einig darin, daß diese Uebelstände endlich einmal beseitigt werden müßten. Nur Herr Schöffe Lange übernahm die Rolle eines Official-Verteidigers der Firma Siemens u. Halske, Herr Gemeindevorsteher Schulz konstatierte, daß alle Versuche bei der Firma, doch den berechtigten Wünschen der Bevölkerung entgegenzukommen, resultatlos waren. Man hätte nun erwarten sollen, daß die Gemeindevertretung einer solchen Gattmächtigkeit gegenüber sich ebenfalls auf den Rechtsstandpunkt stellen und die fernere Ueberlassung der Zellwerstraße verweigern würde. Aber weit gefehlt! Das Gesuch der Firma wurde genehmigt, man sprach nur mutig den Wunsch aus, die hohe Direktion von Siemens u. Halske möge doch auch einige Rücksicht auf die berechtigten Ansprüche der Lichterfelder nehmen. Die Firma wird sich unbeding freuen über die allen — guten Gemeindevertreter. Die Bevölkerung möge sich aber bei den letzteren bedanken, wenn sie auch fernherhin der Willür der Gesellschaft ausgeliefert bleibt. — Die Errichtung von vier neuen Leherstellen wurde beschlossen, ebenso die Wiederherstellung der Elementarlehrstelle an der Realschule. Gemeindevorsteher Lehmann rügte die große Unzuverlässigkeit des amtlichen örtlichen Materials gelegentlich der Volkszählung. Der Gemeindevorsteher erwidert, daß ja wie überall auch hier Irrtümer unterlaufen könnten. Die Volkszählung sei ja auch dazu da, um solche Irrtümer zu beseitigen. Dem Vernehmen nach soll in Groß-Lichterfelde alle Vierteljahre eine solche Volkszählung stattfinden, damit die amtlichen Listen danach berichtigt werden können.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 8. Dezember.
Opernhaus. Der Barbier von Bagdad. Bergtheater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Tochter des Grafen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geflohen.
Deutsches. Die Nacht der Finsternis. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Johannisfeuer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Knechtprobe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weiten. Die Jüdin. Anfang 8 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: Schneewittchen und die sieben Zwerg.
Central. Der Brautvater. Hierauf: Die Fledermaus. (2. Akt.) Anfang 7 1/2 Uhr.
 Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Hänsel und Gretel.
Secessionsbühne. Der Leibalte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Cyrano's Breite. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Vulkan. Der Millionenbauer. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Der Beischläder. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: Klavin oder die Wunderlampe.
Carl Weisk. Lenore, die Grabesbrant. Anfang 8 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: Kinder-Vorstellung: Schneewittchen und die sieben Zwerg.
Urania. Der Geheimnismacher von Wittenberg. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Fräulein Loreley. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Der Sängling. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: „Die Weltanschauung in Paris“.
 Im Hösaal: „Licht und Farbe“ (Photographie in natürlichen Farben).
Jugendtheater. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ephraims Breite.
 Schauspiel in 5 Akten v. Karl Hampmann.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Das Glück im Winkel.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Welt in der man sich langweilt.
 Montag, abends 8 Uhr:
Ephraims Breite.

Central-Theater

Heute, Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung:
Hänsel und Gretel.
 Märchenpiel mit Gesang in 4 Akten. 1. Dschin. 2. Im Walde. 3. Die Here. 4. Wiedergefunden.
 Breite der Bühne: Wagen 2,10 M., Torquid 1,10 M., 1. Rang 60 Pf., 2. Rang 50 Pf.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zu halben Preisen: **Die Geisha.**
 Mimosa: Mita Werber. Abends 7 1/2 Uhr: **Brautvater und Fledermaus.** (2. Akt.)

Thalia-Theater

Dresdenerstr. 72.
 Heute und folgende Tage:
Amor von heute.
 Or. Ausstattungspose mit Gesang und Tanz von Jean Ren u. Hr. Schönfeld. Musik von Wanda.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weiss-Theater

Or. Frankfurtstr. 132.
 Nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Schneewittchen und die sieben Zwerg.
 Abends 8 Uhr: Zum vorletztenmal: **Lenore, die Grabesbrant.**
 Schauspiel mit Gesang in 3 Akten von R. v. Pollei.
 Sonntag: Zum letztenmal: **Lenore, die Grabesbrant.**
 Montag: Zum erstenmal: **Die Veilchenprinzessin.**
 Ein Märchenpiel mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Willy Lang. Regie: M. Sang. Musik von W. W. W. Zu diesem, auf ganzendliche angelegentlichsten Märchenpiel-Vorstellungen ist jeder Erwachsene berechtigt, auf einen Platz zwei Kinder frei einzuführen.

Apollo-Theater.

Um 8 1/2 Uhr:
Fräulein Loreley.
 Ferner: die sensationellen Domsber-Spezialitäten:
Helenes Esdalk.
Miss Galatée. Mlle. Bresina.
François Gerard. — Sisters Emilia.
Mimi Capell.
Cécile Carola. — Helona u. Emilien.
 Meisters Kosmograph: Krügers Ankunft in Marseille u. Chinabilder.
 Anfang 8 Uhr.

URANIA

Taubenstr. 48/49.
 Im Theater abends 8 Uhr:
„Die Weltausstellung in Paris“.
 Im Hösaal:
„Licht und Farbe“ (Photographie in natürlichen Farben) von Dr. Donath.
 Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
 Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Theater

Unter den Linden 22.
D-Vorstellung
 (Nachmittags 3 Uhr bis abends 9 Uhr).
Tägl. Auftreten
Gertrude Barrison
 Jenseits der krummen Lande.
 2. Seebatalion 3. Compagnie
 16 Nummern.
 Eintritt (soweit der Raum) 50 Pf.
 reichhaltig Panopticum

CASTANS

PANOPTICUM
 Friedrichstr. 165.
Neu! Dahomey-Dorf. Neu! 38 wilde Krieger von der Leibgarde des Königs Behanzin. Kriegs- u. Gefechts-Szenen, Exerzieren, Nationaltänze. Vorstellung: 12 Uhr mittags, nachm. von 3-10 Uhr stündl. „Allerseelen“, neue Illusion! Russ. Damenkapelle Zarina. Entree 50 Pf. Militär u. Kinder 25 Pf.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Neu! Der Sängling. Neu! Pöste mit Gesang von O. Richter. Miel, Renier:
 Direktor **Richard Winkler.**
 Zum erstenmal in Berlin: Reinhold-Troppe, Kriegertruppen-Rang. — Nie Clara u. Hr. Richard, unvergleichliche Trapes- u. Künstler. — Jung u. Johnny, akrob. Glanz. — The 3 Heltons, jugendliche Akrobaten.
 14 Wiesen-Schmummern!
 Abends 7 1/2 Uhr.
 Sonntag: 7 Uhr.
 Entree 50 Pf.

Metropol-Theater.

Bergstr. 55/57.
Henry Bender als Dribbl.
 Mit vollständig neuer Ausstattung
Eine tolle Nacht.
 Berliner Ausstattungsposse in 5 Akten.
 Barher:
 Das Dezember-Spezialitäten-Programm.
Brüder Pantzer. Renard. Mlle. Bacha.
 Anfang der Spezialitäten 7 1/2 Uhr.
 Anfang der „tolle Nacht“ 7 1/2 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.
 Morgen u. d. folgenden Tage:
Eine tolle Nacht.

Cirkus Schumann.

Heute, Sonnabend, den 8. Dezember, abends präcise 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée High-Life.
 Rondozeus der Sportwelt Berlin.
 Auftreten des gesamten Künstlerpersonals in seinen Glanzleistungen.
 Neue Untertöne der Glanz- und Auguste- u. a.: **Geschw. Hodgini.** Doppel-Jonglage zu Pferde.
Alex 5. russische Russtänze.
4 Balaguers. spanisch-trobaten. — **5 Jockeys 5.** phänomenale Reitnummern. — **Wahrsager des Mons. Alfons Althoff** in seinem mystischen Akt hehend zu Pferde.
 Auftreten des Löwen-Baron.

CHINA.

Das größte u. sensationellste Panopticum-Ausstattungsstück mit wunderbaren Wägen und Phantasien.
 Neue Einlagen:
Die jänende Bootsfahrt
 die 100 Fuß lange und breite Gascade sind.
 Eröffnung der 20 Fuß hohen glatten chinesischen Bräuer.
 Einzig dastehende Brauervorrichtung.
 Sonntag: 2 große Vorstellungen, nachm. 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. **Redmittags ein Kind frei.**

Achtung! Ristenmacher. Achtung!

Sonntag, 9. Dezember, abends 6 Uhr, in den Andread-Bekälten, Andreadstr. 21:
Berammlung mit Frauen.
 Tages-Ordnung:
 Vortrag des Genossen **Edoard Meurer** über: Gleiches Recht für alle. Nach der Berammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz. Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
 Der Vorstand, J. U. Karl Fackel, Kummelsburg, Kantstr. 40.

Secessionsbühne.

Alexanderstr. 40.
Der Leibalte.
 Romöle in 3 Akten v. Veit Har Schmidt. Morgen, nachm. 3 Uhr: „Die Biblischer“ — „Gedensod“.
 Abends 7 1/2 Uhr: Der Leibalte.

Cirkus Jansly.

Schöneberg, Hauptstrasse, vis-a-vis dem Rathaus.
 Sonnabend, 8. Debr., abends 8 Uhr:
Gala-Sport-Vorstellung.
 (Großartiges Sportprogramm).
 U. a.: Neu! Springschule, geritten von Fel Eugenie. — **Reitturner Brodners Fugoslet.** — **Wirteländer, Walzer, getanzt vom Corps de Ballet de St. St.**
 Nur noch zweimal:
Die Flucht vom Galgen.
 Sonntag: 2 Vorstellungen, nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
 Anfang 8 Uhr.
 Barher: Konzert.

Sanssouci

Kottbusserstrasse.
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nord-Sänger.
 Anfang Sonntag 7 Uhr.
 Entree 50 Pf. Son- u. 7: Unterhaltungs-Musik.
 Wochentags 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 Nach jeder Solree: **Tanzkränchen.**
 Wochentags Tanz frei. Vereins- und Vergnügungsbüro wochentags allig. Alle an Festlich u. Berammlungen.

Passage-Panopticum.

Neu! China in Berlin.
Krao. Einzigartig zwischen China und Afrika.
Lisa. das 12jähr. Mädchenabchen.
 Eintritt einschließl. Theater 50 Pf.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
 Nur erkrankte Spezialitäten. **J. H. Mütt.**
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

E. Riek, Optiker.

Weinbergsweg 15b, 315L* (vorm. H. Richter).
Bitte genau auf Firma zu achten, um sich vor Nachteil zu schützen.
Rathenower Neugold-Brillen und Pincenez
 von Gold nicht zu unterscheiden M. 2,50
 Nickel-Brillen, Pincenez 1,50
 do. feinste Qualität „ 2,-
 Stahl-Brillen „ 1,-
 Brillen u. Pincenez, echt Gold double M. 5,-, 6,-, 7,-
 do. echt Gold M. 8,-, 10,-, 12,-
 bis zu den teuersten.
 Alles mit den besten Krystallgläsern.
Lieferung für alle Krankenkassen.
 Eigene Reparatur-Werkstatt.

14 Tage zur Probe

versuche ich meine neue **Amortian-Drehorgel** mit 1000er Trompeten-Orchesterung ca. 30 cm lang, 25 cm breit und 19 cm hoch. Dieselbe ist allgemein beliebt, sehr dauerhaft und sehr geräuschlos, mit 1000er Orgel, eignet sich durch ihren kleinen Bau zur Unterhaltung ganzer Gesellschaften. Der „Kattenkammer“, ist ganz klein, nicht da.“
 Komm, Karlchen, komm“, „Stille Nacht“, „O du Fröhliche“ und viele andere andere neue Melodien, die man nicht an anderen Drehorgeln finden auf der Welt. Preis 10 Mark, nur 9 1/2 Mark, mit 5 Jahren neuen Gebrauchsvertrag im Frieden verpackt gegen Nachnahme von **Heinr. Suhr, Neuenrade 74 (Westf.).**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sonntag, den 9. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Dobrid, Bennefstraße 9:
Bezirksversammlung für Moabit.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Jugendwart Herrn **Gronpe** über: Technik und Werkzeuge. 2. Diskussion. 3. Wahl der Bezirks-Kontrollkommission. 4. Verhandlungsangelegenheiten und Beschiedenes.
 Die Kollegen von Rudert und Kühne, besonders der Kollege **Olbendurg** sind dazu eingeladen.
 284/18

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Her 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
 Sonnabend, den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Diecke, Adickstraße 123:
Vertrauensmänner-Konferenz für den Norden.
 Sonnabend, 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Her 15:

Allgemeine Versammlung

aller in der Drahtwarenindustrie beschäftigten Arbeiter als Radler, Drahtwerker, Geschloßmacher, Schlosser und sonstige Arbeiter.
 Tages-Ordnung: 1. Wie können die Arbeiter ihre Lage verbessern? Referent: **Otto Käther.** 2. Diskussion. 3. Wahl einer Agitationskommission. 4. Verschiedenes.
 Sonntag, 9. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Her 15:

Allgemeine Versammlung

der Heizungs-, Gas- und Wasser-Rohrleger und Helfer.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **G. Link** über: „Ganarbeiterschlag und wie weit kommt solcher für unsere Beruf in Betracht.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Sonntag, 9. Dezember, vorm. 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Her 15:

Versammlung

der Schleifer, Galvanisierer, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kassanwarts Herrn **Dr. V. Fränkl** über: Ein Streik durch die deutsche Reichsregierung. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Sonntag, den 9. Dezember, vorm. 9 Uhr, bei Herrn Mörschel, Jüdenstraße 35:

Morgensprache der Silberpolierer.

Montag, den 10. Dezember cr., abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung für Moabit
 in den Armutsbahnen, Bremerstr. 72-73.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **A. Agster** über: Arbeiter-Forderungen. 2. Diskussion. 3. Nennwahl des Bezirksleiters. 4. Verbandsangelegenheiten.

Versammlung für den Osten

Diensdag, den 11. Dezember cr., abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung für den Osten
 im Lokale des Herrn Keller, Köpenicker Str. 25.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Hugo Pötsch.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Versammlung der Klempner

Diensdag, den 11. Dezember cr., abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung der Klempner
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Her 15.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn **Max Schütte** über: Die Todesstrafe. 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahlen zur Agitationskommission. 4. Verschiedenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist notwendig.
 Die Bibliothek befindet sich im Verbands-Bureau, Engel-Her 15 I, und ist täglich während der Bureaustunden von 9-11 Uhr vormittags und 4-7 Uhr nachmittags geöffnet; Diensdag und Donnerstags außerdem von 7-9 Uhr abends. Sonnabends nachmittags ist die Bibliothek geschlossen.
 122/2 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

Sonntag, den 9. Dezember cr., vormittags 11 Uhr:
Gr. öffentliche Versammlung
 der Former u. Berufsgen.
 im Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23.
 Tages-Ordnung:
 Die Arbeitslosigkeit und der Niedergang im Metallgewerbe unter Berücksichtigung unseres Berufs. Referent: **Alwin Körsten.**
 Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 61/10 Der Einberuer.

Verband der Möbelpolierer.

Die Kollegen nebst Frauen, speziell von Weissensee, werden ersucht, heute abend 8 1/2 Uhr Köllische Str. 20 zu erscheinen, dabei die öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Der internationale Sozialisten-Kongress und die Gewerkschaften. Referent: Genosse **F. Kotake.**
 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
 Montag, den 10. Dezember cr., abends 8 1/2 Uhr, Adickstraße 123:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Hrn. **Krische** über: Religion und die Organisationsarbeiten. 2. Angelegenheiten der Krania-Bilder zum 27. Dezember cr. nachmittags 4 Uhr. 3. Verschiedenes.
 Den Kontinuitätsbescheid hat sich Herr Dr. W. Kocher bereit erklärt, die Unterzeichnung weiter unentgeltlich vorzunehmen; wir ersuchen deshalb alle Kollegen, speziell die damit beauftragten, sich unterzeichnen zu lassen; auch andere Beträge, welche Spiritus und Öl veranlassen, können sich daran beteiligen. Die Unterzeichnung findet täglich von 10-11 Uhr (am Sonntag) Köllische Str. 39, Cauerberg, rechts 1 Tr., statt.
 Die Kollegen, welche noch mit Beiträgen oder Streifenmarken versehen, werden hiermit aufgefordert, ihrer Pflicht dem in 5. Poststellen nachzukommen.
 Die Möbelpolierer oder Grundbesitzer, welche in diesem Jahre bei dem Zehnjährigen Fieber, Brechschmerz, M. gearbeitet haben, werden gebeten, morgen vormittags 10 Uhr bei Herrn Kühn, Polierstr. 10, zu erscheinen oder ihre Adresse an G. Schulz, Reuterstr. 60a, einzufenden.
 148/8 Der Vorstand.

Wo ist die schönste Zuhpartie? Durch den Grunewald nach Fichelswerder zum alten Freund. (2110)

Rote + Lose

Ziehung in Berlin vom 17.-21. Dezember 1900. 104/4
Haupttreffer: 100 000, 50 000 etc. Mk. bar.
 Originallose Mk. 3,50. Porto u. Liste 30 Pf. extra. Ausland 60 Pf.
 Berlin W., Peter Loewe, Marburgerstr. 7.
 Telegr.-Adr.: **Glückspeter** Berlin.

J. Brünn

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt Nr. 4.
 Billige
Weihnachts-Geschenke.
 Nach beendetem Engros-Saison gelangen nunmehr große Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen! Steppdecken! Portieren!
 zu außergewöhnlich billigen Preisen zum
Ausverkauf!
 Einzelne fehlerhafte Exemplare für die Hälfte des Wertes.

Aelteste Uhren-Handlung

berüchtigt seit 1860 **BERLIN S.** berüchtigt seit 1860
 152 am Moritzplatz 152, Oranienstrassen-Ecke

Gustav Scharnow
 Uhrmacher. 3172*
 Gr. Auswahl. 5j. Garantie. Vorzügl. Fabrikate.
 Gold. Damen-Remontoiruhren v. 18 M. an
 Silberne Cylinder- do. 10 „ „
 Regulatoren, 14 Tage gehend, 12 „ „
 Das langj. Bestehen des Geschäfts bürgt für Lieferung reeller Waren.

Wo baden Sie? In der Bade-Anstalt Norden,
Lortzingstr. 33.
 Dampf-, Heißluft-, Lohannis-, Wannen- u. sämtl. medizinische Bäder. Montag u. Donnerstag: Dampfbäder für Damen den ganzen Tag. Preisentf. sämtl. Krankenkassen. 5789L*

Möbel und Polsterwaren. Franz Tutzauer,
 Tischlermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.

Einheitspreis für Brennspiritus

30 Pfg. pro Liter.

Überall, in ganz Berlin und Vororten befinden sich Verkaufsstellen von 87 Volumenprozent starkem Brennspiritus zu diesem billigen Preise. Auf Wunsch werden die nächstgelegenen Verkaufsstellen bekannt gegeben und jede gewünschte Auskunft erteilt durch
Centrale für Spiritus-Verwertung, G. m. b. H.,
 Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 33/40.



Die Kölnische Unfall-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Köln a. Rh.

gewährt unter Aussortiert vorteilhaftesten und liberalen Bedingungen
Versicherung gegen Sturmschäden
 (insbesondere auch Wirbelwinde, Cyclone, Tornados) und deren Begleiterschäden.
 Die Versicherung erstreckt sich auf Gebäude aller Art sowie deren Inhalt, als:
Mobiliar, Maschinen, Einrichtungen, Waren und Vorräte.
 Nähere Auskunft erteilen gern die Generalvertreter der Gesellschaft in Berlin sowie die Direktion in Köln a. Rh.

Aug. Stein

Gold- und Silberwaren

Berlin SO., 177 Oranienstrasse 177, Ecke Adalbertstr.
Weihnachts-Geschenke.
 Lange Damen-Uhrketten, Herren-Uhrketten von 2 M. an.
 Boutons, Broschen, Herzchen, Halsketten, Verlobts.
 Postkarte, Louis Wandbilder, Gold- u. Silberarbeiten.
 Porzellan, Silberwaren vom billigsten bis feinsten Genre.
 Jeder Gegenstand ist mit deutlich lesbarem Preis ausgezeichnet. [2700*]
Cohns Festsäle, Bentzstr. 20.
 Sonnabend, den 29., und Sonntag, den 30. Dezember, sowie Sonntag, den 27. Januar, noch frei und unter constanten Bedingungen zu vergeben. [2920*]

Bitte machen Sie einen Versuch mit
Gottmanns Normal-Hut
 Das Beste! Stück Bis jetzt **2,90.**
 Unerreichte!! **130** und **117.**
Gr. Frankfurterstr.
 Bienen-Honig! Naturreinen Blüten-Honig, 5 Kilobose 6,50 M. off. fr. geg. Nachn. Nichtgefallendes nehme zurück. **Jansensche Imkerel, Berlin (Hann.)** 14576

Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, nur neue moderne Sachen, prima Qualität 1,50 und 2,-
 Die besten **Arbeitshüte** immer noch **1 Mk.**
Hutfabrik-Comptoir Alexanderstr. 37.



Hüte

Trotz der kolossalen Steigerung in der Hutfabrikation verlaufe noch zu den alten Preisen. [5500*]
Otto Gerhold,
 Dresdenstrasse No. 2, Ecke Stalitzerstr.
 Großes Lager in Schirmen, Mägen, Strawatten.

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose **Herkules** tragen. Klein-Berlin. Sehr harte Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen. Hinten u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Kleinhüte u. Kappmäntel. Feine Leder-Blut-Taschen. Große Hüden usw. die Hose
 bei Entnahme von **4 M. 50**
 6 Stück 26 M.
 Echt blaues Monteur-Jackett 1 M. 90
 Echt blaues Monteur-Jacke 1 M. 90
 Prima Körper-Gewebe 2 M. 50
 Echt blaues Monteur-Jacke 2 M. 50
 Prima Körper-Gewebe 2 M. 10
 Prima Manschetten-Hose 5,50, 3,50
 Gefütterte, Wandst. Jackett 13,- 9,-
 Operations-Rantel f. Verste 4,90-3 M. 40
 Waler-Mittel 3,-, 2,50, 2 M.
 Wechamer-Rittel (braun) 3,-, 2 M. 40
 Weibes Leder-Jackett, reichig gefüttert 7 M. 50
 Weibes Lederhose, Prima Ware 3 M. 75

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseest. 24/25, Brückenstr. 11.
 Gr. Frankfurterstr. 20.
 Die 16te Preisliste 1900/1901 über gesamte Herren- u. Knaben-Bekleidung (Auflage 1 Million) wird kostenlos und portofrei zugesandt.
 Versand von 20 M. an franco. — Bei Bestellung genügt Angabe der Brust- u. Handweite u. Schrittlänge. Obige Preise gelten für normale Größen. 56612*

Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, nur neue moderne Sachen, prima Qualität 1,50 und 2,-
 Die besten **Arbeitshüte** immer noch **1 Mk.**
Hutfabrik-Comptoir Alexanderstr. 37.



Hüte

Trotz der kolossalen Steigerung in der Hutfabrikation verlaufe noch zu den alten Preisen. [5500*]
Otto Gerhold,
 Dresdenstrasse No. 2, Ecke Stalitzerstr.
 Großes Lager in Schirmen, Mägen, Strawatten.

Grosser Ausverkauf wegen Geschäfts-Auflösung!

Spottbillig!
Paletots. Joppen. Anzüge.
Arbeiter-Kleidung
„Fortuna“, Herren- und Knaben-Garderobe, Kastanien-Allee 93, Oderbergerstrasse.
 Ecke

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: **5 Pfennig.** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.
 Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Dönhofsstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Schankgeschäfte unhandhabbar zu verkaufen. Märkerd. Markt, Dunderstr. 12. 755*
Bauheute mit Hochwald, Borst, an Chaussee, 1/2 Stunde vom Bahnhof, verkauft mit 1200 bei halber Anzahlung Joers, Jevernia. 14615
Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9-12 Paar. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 12506*
Gardinen Spezialgeschäft, Blumenstr. 8. Anerkannt vorzügliche Einfassarbeiten für Gardinen, Stores, Rouleaux, Täppchen und Schmindeboden. 3172*
Winterpaletots, Remontoiruhren, Regulatoren, spottbillig Verkauf Reanderstr. 6.
Betten, Steppdecken, spottbillig Verkauf Reanderstr. 6. 449*
Teppiche, Gardinen, spottbillig Verkauf Reanderstr. 6.
Maurensche seit vorzeitig Gutgeschäft nur Goldammerstr. 61.
Wassende Weihnachts-Geschenke: Taschen, Etageren, Vasen, Stofftaschen, Porzellan, Küchenpinde, Glimmergläser, Küchenrahmen, Kinderwagen, Spielzeug, große Auswahl billig. Eigene Tapezierwerkstätten. Fischerow, Mariannenstr. 7 a.
Fahrräder, Teilzahlungen, geringe Anzahlung, Lager vierhundert Tourenmaschinen, Damenräder, Straßenrenner, Zweifelder, Gepäddreiräder, Kinderwagen, gebrauchte Fahrräder von 30 M. an. Imperial-Fahrräderwerk, Tiefendammstr. 33. 4152*

Teppiche mit Farbenschemen, Fabriküberreste Große Frankfurterstr. 9, parterre. 12516*
Singer-Nähmaschinen, Ringstich, Bobbin, Adler, Schnellnäher, ohne Anzahlung. Wöchentlich 1 Paar, sofortige Lieferung. Postkarte. Schmidt, Gartenstr. 41 II. 4092*
Nähmaschinen, beste Ringstich, Bobbin, Adler, Schnellnäher, vor- und rückwärts nähend, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Paar, 5jährige Garantie. Postkarte. Freile, Neue Königstr. 22, Laden. 3092*
Nähmaschinen am besten direkt im Geschäft, sämtliche besseren Systeme auch ohne Anzahlung, wöchentlich 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1 Paar, Lieferung sofort. Postkarte. Marlin, Kirchof, Ringbahnstr. 38. 7131*
Wasserdicht Praktische Weihnachtsgeschenke! Sparsysteme! Zwei Lochlöcher 6,-, Dreilochlöcher 10,-, Wasserdichten billig! Wasserdrücken 12,-, Wasserdichten 7,-, Wobauer, Wollmerstr. 32. 12906*
Eisenerne Oefen aller Systeme, Kronen, Puren, Doppelarme, sowie sämtliche Beleuchtungs-Gegenstände. Karl Kaufmann, Wollmerstr. 19, am Urban. 3592*
Waldvögel, Kanarienvogel, Bogelbauer, freilebend, große Auswahl billig! Schnele, Große Frankfurterstr. 13. 3012*
Kanarienvogel, 3 Paar an, große Auswahl, separ. Knorr, Fohli, Ringelroter, Stieglitz, Schlagende, Buchfinken, Kottelchen, Wändchen, 1,50, Vogelhandlung Oranienstr. 87.
Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre.

Ringschiff, Bobbin, Adler, Maschinen, Schnellnäher, vor- und rückwärtsnähend. Ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Paar. Lieferung sofort. Postkarte. Louis Wandbilder, Wollmerstr. 35, kein Laden. 7131*
Waldvögel, Kanarienvogel, Bogelbauer, freilebend, große Auswahl billig! Schnele, Große Frankfurterstr. 13. 3012*
Kanarienvogel, 3 Paar an, große Auswahl, separ. Knorr, Fohli, Ringelroter, Stieglitz, Schlagende, Buchfinken, Kottelchen, Wändchen, 1,50, Vogelhandlung Oranienstr. 87.
Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Restanationen. Puhger, Sieckstr. 65. 9996*
Parentanwalt Dammann, Oranienstr. 57, Moritzplatz. Erkunden sofortester Rat abends bis neun.
Wadenschalt Kopenickerstr. 60. Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 4012*
Blindfektion? Wer sich über diese wichtige Gewandart unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Blindfektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierärztverein Berlin, Königgräberstr. 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. Arbeitervereine, welche in ihren Versammlungen Vorträge wünschen über Blindfektion, wollen sich um Referenten an die folgende Adresse wenden. 9256*
Moderntieren nach Maß von Damen- und Kindermänteln empfiehlt sich Köhmann, Barnimstr. 45.
Wer Stoff hat? Fertige Winterpaletots, Herrenanzüge: mit Futter, ohne 15, ohne Stoff 30 M. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstr. 95 III. Namen beachten! 14338
Wandbilder Arbeit jeder Art, fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstr. 58, 2. Hof parterre. 23576
Eisen- und Metallbruch laut Broderick, Oppelnerstr. 16. 10766*
Vereinzimmer frei, Ladeweg, Romainbantenstr. 65. 2832*
Vereinzimmer empfiehlt Vier Alte Jakobstr. 119. 2882*
Soal und Vereinzimmer empfiehlt Jannasch, Inselstr. 10. 2064*
Vereinzimmer, auch Sonntag, Erdmann, Reichenbergerstr. 16. 14049
Großes Vereinzimmer einige Tage in der Woche zu vergeben. J. Sachse, Lindowstr. 26. 14342

Kranktopferei von Frau Kolodk, Steintwegstr. 48.
Vereinzimmer mit Regelbahn nach auf einige Abende zu vergeben. Weinmühlenerstr. 58. 14106
Vereinzimmer mit Piano ist zu vergeben bei Hedert, Reindendorferstr. 35. 763*
Rechtsbureau Andreasstr. 63 (neben Concordia), zuverlässiger, gewissenhafter Rechtsbeistand. 14795*
Schankwirtschaft von Ernst Rühl, Lützowstr. 48, Zofistelle des 189. Regiments sowie der Brauer und im Brauereigewerbe Arbeitenden, empfiehlt seine Vorkalitäten zur gefälligen Benutzung. Großes Vereinzimmer mit Klavier Montag und Mittwoch frei. Sonnabend und Sonntag an genehmer Familienaufenthalt. 735*

Vermietungen.

Lagerkeller, trocken, Kopsackerstr. 31. 14146
Schlafstollen.
Möblierte Schlafstelle für Herrn, 7 Part, Grünauerstr. 7, Quergeräude III. Etödel. Sofort oder später. 14708
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurückgefertigt. Gläzer, Wulsdorferstr. 27.
 Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Suche Wäschstube. Friedrichsgr. 16, Frau Wölke. 5708
Ordentlicher Mann, 49 Jahre, erucht um irgend welche Beschäftigung. Offerten unter A. J. Postamt 36.
Stellenangebote.
Eine Frau oder Mädchen zur Wirtschafterin verlangt St. Döschel, Alexanderstr. 37 IV. 14735
Kartonarbeiterinnen verlangt W. Plaut, Blumenstr. 74. 4162*
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile
Achtung! Stuccateure!
 Gesperrt sind folgende Firmen: Dredler, Bau Charlottenburg, Kurfürstendamm, Ecke Knebelstr. 66, Charlottenburg, Berlinstr. 66. Wols, Van Greifswaldstr. 66, Ecke Stalitzerstr. Charlottenburg, Rönnestr. 16/17.
Hoffmann, Gampel und Vogt.
Achtung! Achtung! Parkettbodenleger!
 Folgende Firma ist gesperrt: Wölke, Gläzer, Berlin. Die Kommission.
Achtung, Anschläger!
 Bei der Firma Franke haben die Kollegen auf dem Van Greifswaldstr. 66 wegen Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. Die Firma ist dennoch für die Kollegen bis auf weiteres gesperrt. Die Lohnkommission.